

11.06



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Fragebogenaktion zum Ehrenamt: Erste Ergebnisse
Abschlussdiskussion zur DNR-Windkraftkampagne
Gentech-Anteile in jedem vierten Sojaprodukt
Protest gegen hessische Naturschutzpolitik**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 12 (2006), Heft 11
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Franziska Heinrich (fh); Mitarbeit: Günter
Ratzbor (gr)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)
eMail: thomas.kreutzberg@dnr.de
Preise/Bestellen: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Mehr Mut zur Energiedebatte!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Gutachten und Warnungen der Fachleute überschlagen sich in diesen Tagen: 80 % der Wissenschaftler sind sich darin einig, dass wir vor einer Katastrophe stehen. An der Spitze steht die Klimaveränderung. Eine Veränderung, die auch das Klima der Gesellschaft erfasst.

Das Phänomen beängstigt: Wer ein halbes Jahrhundert die weltweite Umweltpolitik verfolgt hat, weiß, dass aus den verschiedensten politischen und fachlichen Positionen heraus vor diesem Ereignis schon seit Jahrzehnten gewarnt wurde. Aber auch die Warner, zu denen ich mich zähle, haben sich in einem Punkt gewaltig geirrt. Die Klimaveränderung kommt viel schneller als wir alle gehaut haben. Wir befinden uns bereits mittendrin. Der Streit darüber ist vorbei, die Realität hat ihn eingeholt. So etwas löst natürlich Panik im herkömmlichen Denken aus und erfordert neue Formen der Aufklärung.

Ökologische Abläufe haben es an sich, dass sie sich still ankündigen, sich schleichend fortsetzen, eskalieren und zuletzt zum Kollaps führen. Die alten Szenarien werden plötzlich zur aktuellen Wirklichkeit. Ein Vorgang, der in der Natur von Weltabläufen normal, für die Menschen in ihren komplexen und komplizierten Lebensabläufen aber katastrophal ist.

Die Klimaerwärmung erzwingt von uns eine Doppelstrategie: einmal, um den Prozess zu verlangsamen - wenn er schon nicht mehr zu stoppen wäre -, zum anderen, um mit neuen Strategien die Veränderungen abzufangen und zu versuchen, die Fülle der negativen Folgen zu lindern.

Ein Bündel von Fragen drängt sich dabei auf. Die zentrale Schlüsselfrage ist dabei die Energiefrage als das Kernbedürfnis alles Lebendigen.

Es ist positiv zu vermerken, dass sich die Bundesregierung in einer Reihe von Energiegipfeln derzeit Gedanken über dieses Zukunfts-Thema macht. Unverständlich aber ist, dass die Bundesregierung dazu die Umweltverbände nicht eingeladen hat. Das ist ein großer politischer Fehler. Denn die Energiediskussion der letzten Jahrzehnte wurde entscheidend von der Zivilgesellschaft angestoßen. Innovation geht nicht allein mit neuen Techniken und Geld.

Innovation braucht neues Denken und lebt von engagierten Menschen und deren Kreativitätsreserve.

Deshalb muss die Debatte um die Energiezukunft aus der Geiselnahme durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten befreit werden. Sie muss öffentlich und zivilgesellschaftlich geführt werden. Erst dann können wir erwarten, was wir brauchen. Eine Perspektive wäre der Übergang zur so genannten „2000-Watt-Gesellschaft“, weg vom 6000-Watt-Verschwendungs-Szenario. Wir brauchen solche kollektiven Visionen und wir brauchen zu deren Verwirklichung wieder mehr Mut zu radikalem Handeln.

Wir müssen dafür sorgen, dass Energiepolitik im Leben des Einzelnen auch ankommt. Die Energiewende erreicht man nicht mit Powerpoint-Vorträgen im Bundeskanzleramt, sondern damit, dass vernünftige Politik beim Menschen auf der Straße als eine Hilfe für umweltfreundliche Konsumententscheidungen und zum Geldsparen ankommt.

Es geht um die Lebenskultur und die Lebensstile der Menschen. Der Kopf ist gelegentlich wichtiger als die Steckdose. Eine Energiepolitik, die das nicht begreift, ist nur eine halbe Sache und eine Verhöhnung der Natur und der Menschen. Damit wird die Umweltbewegung zur Friedensbewegung unserer Zeit. Denn betreiben wir die Klimapolitik nur halbherzig, dann drohen uns völlig neue Konflikte.

Wir müssen daher viel radikaler denken. Die Umweltbewegung war in den sechziger und siebziger Jahren radikal und hat diese „positive Radikalität“ heute vielerorts eingebüßt. Aber sie hätte noch das Potenzial zur intellektuellen Radikalität. Ich plädiere dafür, dass sie diese beim Thema Energie aufs Neue unter Beweis stellt.

Ich wünsche Ihnen wie immer eine anregende Lektüre unseres Deutschland-Rundbriefes.

Ihr
Hubert Weinzierl, Präsident des DNR

2 Impressum

3 Editorial

- Mehr Mut zur Energiedebatte!

5 Ehrenamtliches Engagement

- Erfolgreicher Aktionstag am 23. September
- Fragebogenaktion: Erste Zwischenergebnisse
- ▶ Fragebogen zum Ehrenamt 2006
- muna-Preis an ehrenamtliche Naturschützer verliehen

10 Umweltpolitik

- Forderungen der Umweltverbände an deutsche EU-Präsidentschaft 2007

11 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Gentechnik-Anteile schon in jedem vierten Sojaprodukt
Theresia Scheierling, GeN
- Gen-Reis bringt Agro-Gentechnik in Verruf
- Seehofer stimmte in Brüssel für Zulassung von Gen-Raps
- Ernährungsmediziner: Genpflanzen bergen Risiken
- NRW kürzt bei Agrar-Umweltmaßnahmen
- Dumpingverbot auch für Fleischexporte gefordert
- Kurzmeldungen: Agrarforschung, Jugendzeitungspreis, Gentechnik-Standards, Genweizen, Gengerste, Eierkennzeichnung

- Lesenswert/Sehenswert: Fleischmafia, Schweinezucht
- Leserbrief: Gentechnik-Kennzeichnung auch für Energiepflanzen

17 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- Erster Betrugsfall beim Einweg-Pfand
- Neues Elektroaltgeräte-Gesetz begünstigt Großfirmen
- Neugeborene stark mit Chemikalien belastet
- Mehr Störfälle in der Chemieindustrie
- Kurzmeldungen: Nanotechnologie-Kongress

19 Energie, Klima

- Abschlussveranstaltung der DNR-Kampagne „Windkraft im Visier“
- UBA-Prognose: Drastische Wetterveränderungen bis 2010
- RWE beantragt Laufzeitverlängerung für Biblis
- Perspektiven für einen naturverträglichen Biomassenanbau
- Kurzmeldungen: Hessen-AKW, BBU-Arbeitskreis, Offshore-Windparks
- Lesenswert: Energiesparen, Bioenergie-Boom

22 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Blume des Jahres 2007: Bach-Nelkenwurz
- Vogel des Jahres 2007: Turmfalke
- Protest gegen hessische Naturschutzpolitik
- Kaufhof beendet Pelzhandel

- Gentechnik lässt Versuchstierzahlen ansteigen
- Kurzmeldungen: Urwaldschutzgesetz
- Lesenswert: 100 Jahre Reinhardswald

24 Verkehr, Tourismus

- Städte-Rangliste bewertet Feinstaubbekämpfung
- Bündnis begrüßt Scheitern der Bahn-Privatisierung
- Kurzmeldungen: 9-Liter-Autos, Costa-Rica-Petition

25 Wasser, Meere

- Nordsee wird immer wärmer
- Lesenswert: Fische in Fließgewässern

26 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

Sonderbeilage

- WRRl-Info 13: Informationen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie (Mittelseiten)

Brücken schlagen für das Ehrenamt im Naturschutz

von Juliane Grüning, DNR

„Eine Stunde für...“ - erfolgreicher Aktionstag am 23. September

Mit einem letzten Brückenbaustein für die „politischen Rahmenbedingungen“ komplettierte der brandenburgische Umweltminister Dr. Dietmar Woidke die symbolische Brücke für das Ehrenamt im Natur- und Umweltschutz in Angermünde. Dort in der Blumberger Mühle - einem Umweltzentrum des NABU - hatten sich am 23. September rund 80 Aktive zusammengefunden, um praktisch und politisch etwas für mehr ökologisches Engagement zu tun.

Zeitgleich arbeiteten über 70 Gruppen bundesweit auf Streuobstwiesen, an Bachläufen, im Wald und auf der Heide, auf Bauernmärkten und in Zoos. Aufgerufen hatte der Arbeitskreis Ehrenamtliches Engagement des Deutschen Naturschutzrings zu einer Aktion unter dem Motto „eine Stunde für...“, um freiwillige Engagierte für die praktische Naturschutzarbeit zu gewinnen. Der Aktionstag der Verbände fand im Rahmen der bundesweiten „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ vom 15.-24. September statt.

Wege öffnen für Freiwillige im Umweltschutz: Resolution übergeben

Der Brückenstein zu den politischen Rahmenbedingungen lag auf sechs weiteren wichtigen Bausteinen, die für freiwilliges Engagement entscheidend sind. Als Paten für die Bausteine der symbolischen Brücke auf dem Weg zu ehrenamtlichem Engagement standen Vertreter aus Politik, Verbänden und Wirtschaft.

Manfred Lütkepohl, Leiter der Naturwacht, plädierte für eine starke „Anerkennungskultur“ der von vielen Händen geleisteten Arbeit. Claus Obermeier von der Gregor-Louisoder-Umweltstiftung stand für die „öffentliche Wahrnehmung“ und stellte die Imagekampagne der Stiftung „Naturschutz ist erfolgreich“ vor.

Dr. Hermann Fischer, Vorstand der AURO Pflanzenchemie AG, stand Pate für „unternehmerische Verantwortung“ und zeigte die Verbindungen zwischen Wirtschaft, Staat und bürgerschaftlichem Naturschutzengagement auf. Und nicht nur das - mit sichtlichem Vergnügen und handfes-

tem Engagement war er vorher selbst beim Mähen mit der Sense mit gutem Beispiel vorangegangen.

Albert Lippert, Leiter des DNR-Arbeitskreises Ehrenamt, vertrat den Baustein „Qualifizierung und Bildung“ - und verlieh dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ mit seinen fast 60 Jahren im Ehrenamt eine neue Dimension. Schon von klein auf mussten Kinder an das Thema Natur herangeführt werden - von Eltern, Schulen, der Gesellschaft und eben auch von den Verbänden selbst. NABU, DNR und BUND bildeten zurzeit Freiwilligenkoordinator/innen¹ aus.

Doch ohne „finanziellen Rahmen“ geht das nicht, befand NABU-Präsident Olaf Tschimpke - und setzte sich angesichts der zunehmenden Privatisierung von Naturschutzaufgaben für eine solide Basis der ehrenamtlichen Arbeit ein. „Wenn wir dem Staat helfen sollen, seine Aufgaben zu erfüllen, dann brauchen wir Unterstützung und keine zusätzlichen Hürden“, kritisierte Tschimpke und spielte damit auf die Diskussion um die Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden und Mitgliedsbeiträgen an.

Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär, plädierte für professionelle „Verbandsentwicklung“ - die allerdings von der Politik unterstützt werden müsse. Nicht nur in den Ländern, auch im Bund müssten politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein Engagement fördern. Die Politik müsse deshalb

- eine Kultur der Anerkennung schaffen;
- die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern und
- die Beteiligungsrechte ausweiten.

Dies waren auch die Forderungen in der von den Verbänden an Minister Woidke übergebenen Resolution.

Für die Aktiven vor Ort, die sich beim Apfelsaftpressen, Streuobstwiese mähen oder der Pflege der Sumpfschildkrötenanlage beteiligt hatten, gab es übrigens eine „Anerkennungspostkarte“ - mit Gutschein für das gemeinsame Mittagessen.²

Wenn an vielen Orten, viele Leute kleine Schritte tun...

Doch nicht nur in Angermünde waren Menschen aktiv für die Umwelt im Einsatz: von Bardenitz bis Zierenberg, von Potsdam bis München beteiligten sich über 70 Gruppen mit dezentralen Arbeitseinsätzen am gemeinsamen Aktionstag. Abgebildet wurde dieses Engagement auf einer großen Übersichtskarte. An dieser Stelle ein herzlicher Dank an NABU und NAJU, Europarc, Naturwacht, LBV, Wanderverband, Naturfreunde und Zoologische Gesellschaft, die so viele Menschen aktivieren konnten. Das Vorbereitungsteam des diesjährigen Aktionstages arbeitet zurzeit noch an einer Dokumentation, die im Internet veröffentlicht werden soll.

Mitmachen im nächsten Jahr!

► Im nächsten Jahr findet die Aktionswoche vom 14. bis 23. September 2007 statt. Der DNR-Arbeitskreis Ehrenamt macht wieder mit - und Sie? ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring, Juliane Grüning, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80
eMail: juliane.gruening@dnr.de
www.dnr.de

¹ www.dnr.de/dnr/projekte/projekt.php?id=17

² Blanko-Postkarten, mit denen Sie Ihren neu gewonnenen und langjährigen Aktiven für ihr Engagement danken können, gibt es noch in der Berliner DNR-Geschäftsstelle.

Fragebogenaktion geht weiter - erste Zwischenergebnisse

von Helmut Röscheisen, Marion Busch und Juliane Grüning, DNR

Mehrere Millionen Stunden Naturschutzarbeit dokumentiert

Im Jahre 1996 wandte sich die Bundesregierung an die Dachverbände des Dritten Sektors mit der Bitte um Unterstützung bei der Beantwortung einer Großen Anfrage der Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag. Es ging um die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) engagieren sich in Deutschland 23 Millionen Menschen freiwillig.

Der DNR konnte damals lediglich auf grobe Schätzungen einiger Mitgliedsverbände zurückgreifen. Bei den meisten Verbänden gab es noch keine Zahlen über den Umfang des ehrenamtlichen Engagements.

Geringe Resonanz auf den Fragebogen schwächt Position des Naturschutzes

Wegen dieser unzureichenden Datenlage entwickelte der DNR-Arbeitskreis Ehrenamt einen Fragebogen und startete Ende 2005 eine Befragungsaktion unter seinen Mitgliedsverbänden (siehe DRB 11.05, S. 7). Trotz mehrfacher Ankündigung und unterschiedlicher Ansprache der Verantwortlichen in den Verbänden fand der Fragebogen bisher leider nur wenig Anklang.

Eine Situation, die für das Anliegen des Natur- und Umweltschutzes ungünstig ist, denn nach wie vor können wir nicht mit der beeindruckenden Leistungsbilanz der zahlreichen Ehrenamtlichen gegenüber den anderen gemeinnützigen Bereichen auftreten. Dies ist eine der Ursachen für die unzureichende Gewichtung des Natur- und Umweltschutzes im Rahmen des 3. Sektors. Hier dominieren häufig die Anliegen von Sport, Sozialem und Kultur, Ökologie kommt kaum vor.

Appell an alle Mitgliedsverbände

Deshalb appelliert der Arbeitskreis Ehrenamt des DNR an alle Verantwortlichen in den Mitgliedsverbänden, den Fragebogen zur Ermittlung der ehrenamtlichen Aktivitäten im Jahre 2006 einzusetzen und die Ergebnisse dem DNR-Arbeitskreis mitzuteilen.

Fragebogenaktion 2006

► Die Fragebogenaktion des Arbeitskreises Ehrenamt läuft weiter. Alle DNR-Mitgliedsverbände sind aufgerufen, auf diese Weise in ihren Strukturen die ehrenamtliche Arbeit sichtbar werden zu lassen. Einen aktuellen Fragebogen finden Sie auf der folgenden Seite sowie unter www.dnr.de/fragebogen im Internet.

Ergebnisse der Befragung für 2005

1. Deutscher Wanderverband

Von den 56 Mitgliedsorganisationen des Wanderverbandes haben sich 14 mit 234.000 Einzelmitgliedern beteiligt. Das sind 39 % der insgesamt 600.000 Einzelmitglieder im Deutschen Wanderverband. Hier wurden für Naturschutz, Wegemarkierungen und geführte Wanderungen fast eine Million Stunden ehrenamtliches Engagement geleistet, davon 42 % im engeren Naturschutzbereich.

Hochgerechnet auf alle 56 Mitgliedsvereine des Wanderverbandes kämen mehr als 2,5 Millionen Gesamtstunden für alle drei Aufgabenbereiche und über eine Million Stunden für den Naturschutz im engeren Sinne zusammen. „Damit entsprechen wir einem Großunternehmen mit 1.820 Vollzeitbeschäftigten“, kommentierte der Präsident des Wanderverbandes Karl Schneider das Ergebnis. Die Rangliste unter den Mitgliedsverbänden führen der Schwäbische Albverein mit rund 357.000, der Frankenwaldverein mit 247.000 und der Schwarzwaldverein mit 152.000 Gesamtstunden an.

2. Naturschutzbund Deutschland

302 von 1.400 NABU-Gruppen haben sich beteiligt. Sie vertreten mehr als 88.000 der 409.000 Einzelmitglieder, das sind 22 %. Insgesamt haben diese Gruppen 473.000 Stunden ehrenamtliche Naturschutzarbeit geleistet. Hochgerechnet auf die Gesamtmitglieder des NABU wären dies 2,2 Mio. Stunden gewesen.

Von 25.000 Freiwilligen in bundesweit 1.400 NABU-Gruppen werden mehr als eine Million Hektar Naturgebiete betreut. Die Aktiven kümmern sich z. B. um den Schutz von Orchideen, Amphibien, Eulen und Fledermäusen, sie mähen Wiesen oder renaturieren Bäche.

3. Europarc Deutschland

Erfasst wurden 15 Modellgebiete und 12 Schutzgebiete aus Brandenburg. Insgesamt konnten 12.400 Stunden ehrenamtliche Mitarbeit ermittelt werden. Der Großteil der dokumentierten Arbeit der mehr als 400 Freiwilligen wurde für den praktischen Arten- und Biotopschutz sowie für das Monitoring von Arten und Biotopen geleistet.

Das Europarc-Projekt „Freiwillige in Parks“ (siehe DRB 10.05, S. 6) begann 2003 in Brandenburg, zwei Jahre später waren sieben Bundesländer mit 15 Schutzgebieten beteiligt und 2006 waren es bereits 13 Länder mit 29 Schutzgebieten.

4. Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg

Hier gab es einen teilweisen Rücklauf, nämlich aus drei kleineren Mitgliedsverbänden, darunter der Odenwaldklub (17.500 Mitglieder) mit gut 12.500 Stunden und der NaturFreundeverein Schwäbisch-Gmünd (315 Mitglieder) mit 2.250 Stunden. ■

• Weitere Informationen

DNR, Arbeitskreis Ehrenamt, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Deutscher Wanderverband, Wilhelmshöher Allee 157-159, 34121 Kassel
Tel. 0561 / 93873-0, Fax -10
eMail: info@wanderverband.de
www.wanderverband.de
www.wanderverband.de

Europarc Deutschland, Anne Schierenberg, Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2887882-15, Fax -16
eMail: anne.schierenberg@europarc-deutschland.de
www.freiwillige-in-parks.de

NABU, Ralf Schulte, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84
eMail: ralf.schulte@nabu.de
www.nabu.de

Fragebogen im Internet (PDF-Download, 80 kB):
www.dnr.de/fragebogen

Fragebogenaktion: Ihr Engagement und Ihre Erfolge 2006

Ehrenamtliches Engagement wird unter die Lupe genommen

Wie viele Personen arbeiten in Ihrem Verband wie viele Stunden im Jahr für Natur- und Umweltschutz? Dieser Frage möchte der DNR-Arbeitskreis Ehrenamtliches Engagement nachgehen. Denn wie wir alle wissen, zählen im Alltagsgeschäft Zahlen und Fakten. Die an vielen Orten „unsichtbare“ Arbeit von Ehrenamtlichen und Freiwilligen fällt da leicht unter den Tisch. Dabei leisten sie Enormes.

► Alle DNR-Mitgliedsverbände sind deshalb aufgerufen, in ihren Strukturen die ehrenamtliche Arbeit sichtbar zu machen. Der nachfolgende Fragebogen soll dabei helfen. Vielleicht ist er Ihnen schon zugegangen, z. B. über die Person, die in Ihrem Verband für das Ehrenamt zuständig ist. Wenn nicht, verteilen bitte Sie ihn in Ihre Gruppen und bündeln Sie die Ergebnisse (bitte Ihre organisationsinterne Rücksendeadresse eintragen). Je mehr Verbände mitmachen, desto besser können wir unser Engagement für Natur und Umwelt gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit dokumentieren. Fragebögen sind auch in den beiden DNR-Geschäftsstellen erhältlich. Die Ergebnisse werden auch im DNR-Deutschland-Rundbrief veröffentlicht.

Gebündelte Ergebnisse Ihrer Organisation bitte bis August 2007 an folgende Adresse senden: DNR, AK Ehrenamt, Juliane Grüning, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin. Tel. 030 / 44339181, eMail: juliane.gruening@dnr.de

Sie finden diesen Fragebogen auch im Internet (PDF-Download, 80 kB): www.dnr.de/fragebogen

Name der Gruppe/Einrichtung/Institution

Eingetragener Verein Projektgruppe Behörde Sonstiges

Rechtsform

Kontaktperson

Straße, Nr./Postfach

PLZ, Ort

Telefon

Fax

eMail

Bundesland/Landesverband

A. Fragen zur Struktur ihrer ehrenamtlichen oder Freiwilligengruppe

1. Wie viele Mitglieder hat Ihre Natur- oder Umweltgruppe?

2. Wie viele Ihrer Mitglieder beteiligen sich im Jahr 2006 aktiv an der Gruppen- bzw. Vereinsarbeit?

Ehrenamtliche	Praktikant/innen	Zivildienstleistende	FÖJ	Hauptamtliche

3. Gibt es in Ihrer Gruppe/Verband/Einrichtung eine Person, die sich schwerpunktmäßig um die Gewinnung neuer Aktiver und die Betreuung der Aktiven kümmert?

nein ja Falls ja, ist sie ... ehrenamtlich hauptamtlich

4. In welchem zahlenmäßigen Verhältnis stehen weibliche zu männlichen Aktiven?

weiblich

männlich

B. Fragen zum zeitlichen Umfang des ehrenamtlichen oder freiwilligen Engagements

(d. h. nicht gemeint sind Hauptamt, Zivildienst etc.)

Wie viel Zeit verbringen die Aktiven Ihrer Gruppe im Jahr gemeinsam mit... (bitte die Jahressumme [Anzahl der Aktiven × Stunden pro Aktiver und Monat × 12 Monate] angeben und - ganz wichtig - die Vorbereitungszeiten nicht vergessen)	Stunden pro Jahr für 2006
a) dem Erfassen, Beobachten und Kartieren von Arten und Biotopen? (Artenerfassungen, Monitoring, Zählungen, Biotopkartierungen, Datenauswertung)	
b) praktischen Schutzmaßnahmen für Arten und Biotope? (Amphibienzäune, Nistkästen, Horstbetreuung, Fledermausquartiere, Mahd, Kopfweidenschnitt, Anlage von Gewässern, Pflanzungen...)	
c) der Ausweisung und Betreuung von Schutzgebieten? (Anträge auf Schutzgebietsausweisungen, Kontrollgänge, Bewachung, Beschilderung, Besucherlenkung, Einzäunung, Beobachtungsstände)	
d) der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Planungen und der Mitarbeit in Beiräten und Ausschüssen? (Stellungnahmen n. § 60 BNatSchG, Mitarbeit in Beiräten, Agenda-21-Initiativen)	
e) der Information und Aufklärung über Natur- und Umweltthemen? (Exkursionen, Führungen, Vorträge, Arbeit mit Kinder- und Jugendgruppen, Infostände, Ausstellungen, Pressearbeit, eigene Tagungen/Veranstaltungen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Arbeit in Natur- oder Umweltzentren etc.)	
f) politischer Arbeit oder Lobbying? (Gespräche mit Politikern, Wirtschaft, Teilnahme an Tagungen oder Veranstaltungen anderer Veranstalter)	
g) der Organisation, Leitung oder Verwaltung der eigenen Gruppe? (Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Monatstreffen, Erstellung von Berichten und Protokollen, Kassenführung, Mitgliederverwaltung, Gremien des Bundes- oder Landesverbandes u. ä.)	
h) Arbeiten zum Erhalt von Infrastrukturen? (Instandhaltung und Pflege von Baulichkeiten und Liegenschaften - ohne Schutzgebiete -, z. B. Vereinsheim, Geschäftsstelle, Umweltzentrum, Umweltstation, Gehege)	
i) Summe der ehrenamtlich und/oder freiwillig erbrachten Stunden	

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Rücksendeadresse:

muna-Preis an ehrenamtliche Naturschützer verliehen

Preisträger als Vorbild für weitere Ehrenamtsprojekte

Die diesjährigen Preisträger des Wettbewerbes „muna - Mensch und Natur“ haben Anfang Oktober im Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Osnabrück ihre Auszeichnungen entgegengenommen. Über eine „muna“ freuten sich Axel Kramer aus der BUND-Kreisgruppe Ostholstein, die bayerische Nachwuchsforscherin Ricarda Neubauer, Stefan Brücher von der Gesellschaft zur Erhaltung der Eulen (Nordrhein-Westfalen), das Naturschutzzentrum Oberlausitzer Bergland in Sachsen und Holger Sticht vom Bündnis für die Wahner Heide bei Köln. Das Preisgeld für die Projekte in Höhe von insgesamt 25.000 Euro stellte die Stiftung bereit.

„Beeindruckendes Durchhaltevermögen“

Der Preis für ehrenamtliches Naturschutzengagement wurde von DBU und ZDF bereits zum fünften Mal an Personen und Projekte vergeben, die sich für den Erhalt und Schutz von Lebensräumen, Pflanzen- und Tierarten einsetzen. Aus den etwa 100 Bewerbern wurden Preisträger „mit beeindruckendem Durchhaltevermögen“ ausgezeichnet, so der stellvertretende DBU-Generalsekretär Prof. Dr. Werner Wahmhoff bei der Verleihung. Gerade dieser Faktor werde bei Naturschutzprojekten häufig unterschätzt. Alle Preisträger, so Wahmhoff weiter, hätten dieselbe Motivation: „Lebensräume und Arten zu erhalten, aber auch Mitmenschen die Natur näher zu bringen“.

DBU stellt 100.000 Euro für „Multiplikationsförderung“ bereit

Die fünf diesjährigen Preisträger sollen außerdem als Multiplikatoren zu weiteren ehrenamtlichen Initiativen anregen. Dafür hat die DBU im Rahmen der Multiplikationsförderung auch in diesem Jahr wieder 100.000 Euro für Vereine und Einzelpersonen bereitgestellt. Etwa 50 vorwiegend kleinere Projekte und Initiativen sollen aus diesem Extra-Fördertopf unterstützt werden.

Gewinnerprojekte geben inhaltlichen Rahmen vor: Bis 31.1. bewerben

Die Gewinnerprojekte geben den inhaltlichen Rahmen der Multiplikationsförderung vor, so dass die Konzepte der muna-Preisträger weiterentwickelt werden oder als Initialzündung für andere Projekte dienen. So widmet sich die Förderung in diesem Jahr unter anderem dem Schutz einheimischer Tier- und Pflanzenarten in Städten, wofür Preisträger Axel Kramer als Vorbild steht, der mit seinem Team im Ostseebad Dahme Fledermausschutz zur Touristenattraktion gemacht hat.

Weitere Schwerpunkte der Multiplikationsförderung sind der Schutz von Eulenarten, für den sich der Ehrenamtliche Stefan Brücher in der Oberlausitz einsetzt, sowie der Schutz von Heidelandschaften, wofür das Bündnis für die Wahner Heide Pate steht. Das Heide-Bündnis hat ein ehemaliges Militärgelände nahe Köln zu einem Naturschutzgebiet umgewandelt. Auch Projekte für den Erhalt der biologischen Vielfalt auf Äckern sowie Ressourcen- und Bodenschutz in der Landwirtschaft können bei der aktuellen Förderrunde Unterstützung finden.

► Ehrenamtliche können sich noch bis zum 31. Januar bei der DBU bewerben. (fh) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Dr. Uwe Fuellhaas, An der Bornau 2, 49090 Osnabrück
Tel. 0541 / 9633-933, Fax -190
eMail: u.fuellhaas@dbu.de
www.dbu.de/muna

Umweltverbände präsentieren ihre Forderungen für 2007

von Markus Steigenberger, DNR-EU-Koordination

Erfolgreiche DNR-Konferenz zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

„Mit der EU-Ratspräsidentschaft übernimmt die Bundesregierung eine immense Verantwortung.“ Mit diesen Worten eröffnete Hubert Weinzierl die große DNR-Konferenz zur deutschen EU und G8 Präsidentschaft. Wie Recht der DNR-Präsident damit hatte, zeigten die Diskussionen und Vorträge in den folgenden zwei Tagen. Über 200 Teilnehmer/innen - darunter Gäste aus 20 verschiedenen Ländern - diskutierten unter dem Motto „Verantwortung für die Zukunft - Den deutschen Vorsitz in der EU und bei der G8 für die Umwelt nutzen“ über die doppelte deutsche Präsidentschaft im Jahr 2007.

Energie- und Klimapolitik im Zentrum

Bereits in ihren Eingangsstatements verwiesen Umweltminister Sigmar Gabriel, sein britischer Kollege David Miliband und der Präsident des Europäischen Umweltbüros (EEB) Mikael Karlsson auf die besondere Rolle für die deutsche Regierung. Gerade weil Deutschland das bevölkerungsreichste und ökonomisch stärkste und eines der politisch einflussreichsten Länder der EU sei, müsse es die Herausforderung annehmen. Alle drei legten einen Schwerpunkt auf die Energie- und Klimapolitik - ein Thema, das zwar erst seit kurzem auf der europäischen Agenda steht, dafür aber umso bedeutsamer ist.

Daher widmete sich auch die folgende Paneldiskussion der „Klima- und Energiepolitik im 21. Jahrhundert zwischen Umweltschutz und Geostrategie“. Unter der deutschen Präsidentschaft soll ein „Europäischer Aktionsplan Energie“ verabschiedet werden, dessen Konturen sich bisher nur vage abzeichnen. Alle Redner/innen waren sich einig, dass der Aktionsplan den Themen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Verantwortung für die globale Energieversorgung einen zentralen Platz einräumen müsse. Zudem müssten sich die EU-Staaten sich im ersten Halbjahr 2007 auf ein Reduktionsziel für Treibhausgase einigen. Wenn sie ihre klimapolitische Verantwortung ernst nehmen, könne dieses nur bei 30 Prozent bis 2020 (Basis 1990) liegen, forderten die Vertreter der Umweltorganisationen. Klima

und Energie stehen nicht nur auf der Agenda der EU, sondern auch auf der des G8-Gipfels im Juni in Rostock.

Europäische Verkehrspolitik

Nicht minder wichtig sind die anderen Themenkomplexe, die auf der Konferenz diskutiert wurden. In der Verkehrspolitik steht mit der Frage der CO₂-Grenzwerte für Pkw eine wichtige Entscheidung an. Nachdem immer klarer wird, dass die Autoindustrie ihre selbst gesteckten Ziele nicht erreicht, fordern Umweltvertreter rechtlich bindende EU-Vorschriften. Ein Thema, das im Autoland Deutschland bereits kontrovers diskutiert wird. Allerdings nahm die Automobilindustrie dieses Mal gar nicht erst an der Diskussion teil.

Schutz der Biodiversität

Trotz düsterer Prognosen zeigten sich die Diskutanten im Biodiversitäts-Panel hoffnungsvoll. Noch sei es möglich, den Verlust von Biodiversität bis 2010 zu stoppen und damit das EU-Ziel zu erreichen. Allerdings müsse dafür einiges passieren. NGO-Vertreter fordern eine zügige und umfassende Realisierung des Natura-2000-Netzwerkes. Die Bundesregierung will ihre Präsidentschaft nutzen, um den Vorbereitungsprozess für die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (CBD), die im Frühjahr 2008 in Bonn stattfinden wird, zu starten.

Forderungspapier: Hohe Messlatte

Zum Ende der Konferenz betonten die beiden Schlussredner, der ehemalige UNEP-Chef Klaus Töpfer und der Direktor von Greenpeace Europe Jorgo Riss, die Verantwortung der deutschen Regierung aus globaler und aus europäischer Sicht.

Was für die Umwelt auf dem Spiel steht und was die Umweltorganisationen von der Bundesregierung während der Präsidentschaft erwarten, kann Umweltminister Sigmar Gabriel nun in einem ausführlichen Forderungspapier¹ nachlesen. 28 deutsche Umweltverbände hatten das Papier ausgearbeitet und abgestimmt - koordiniert durch die DNR-EU-Koordination. Regine Günther vom WWF, die die Forderungen stellvertretend für die Unterzeichner übergab, sagte: „Es gibt enormen Handlungsbedarf. Das Forderungspapier ist die Messlatte des Erfolges.“ ■ ▼

¹ EUR-Sonderheft 10.06, kostenlos beim DNR oder www.eu-koordination.de/PDF/Positionspapier_deu.pdf

Vernetzung europäischer und deutscher NGOs auf DNR-Vorkonferenz

Keine Frage: Für Umweltorganisationen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen europäischen und deutschen Verbänden absolute Pflicht. Denn alles, was in Brüssel entschieden wird, hat Auswirkungen auf Deutschland. Und andersherum mischt die deutsche Regierung in der Regel kräftig auf der europäischen Ebene mit. Doch Kooperation ist im hektischen Alltag nicht immer ganz leicht. Es braucht Anlässe, bei denen man sich treffen und vernetzen kann.

Daher haben die mehr als 80 Vertreter/innen von deutschen und europäischen Umweltorganisationen das Angebot des DNR, sich im Vorfeld der Konferenz „Verantwortung für die Zukunft“ (siehe Beitrag links) zu einem Vernetzungstreffen zusammenzufinden, gerne angenommen. Zwei Tage lang diskutierten sie die drei Themenfelder Energie/Klima, Mobilität und Biodiversität sowie allgemeine Themen der europäischen Politik wie Wettbewerbsorientierung oder Bürokratieabbau und welche Bedeutung diese für die Umwelt haben.

Mit dabei waren auch Vertreter/innen der „Green 10“, des informellen Zusammenschlusses der zehn größten Umweltorganisationen mit Büros in Brüssel. Die Green 10 treffen sich regelmäßig und koordinieren ihre Arbeit vorbildlich - sicher einer der Hauptgründe dafür, dass die Umweltverbände trotz ihrer geringen personellen Stärke eine lautstarke Stimme in Brüssel darstellen. Die Vorkonferenz wurde genutzt, um mit deutschen und europäischen NGO-Vertreter/innen Positionen zu diskutieren, über Strategien zu beraten sowie gemeinsame Aktivitäten und eine noch bessere Koordination zu vereinbaren - für die Zeit der deutschen Präsidentschaft und auch darüber hinaus. Weitere Informationen über den Folgeprozess dieser Vorkonferenz erhalten Sie bei uns.

Markus Steigenberger, DNR, EU-Koordination

• Weitere Informationen

DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-86, Fax -80
eMail: eu-info@dnr.de
www.eu-koordination.de

Gastbeitrag Gentech-Anteile schon in jedem vierten Sojaprodukt

Von Theresia Scheierling, GeN¹

Immer mehr genveränderte Bestandteile im Lebensmittelhandel

Die jährliche Untersuchung der Lebensmittelüberwachungsbehörden der Bundesländer bringt es zutage: Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) werden zunehmend in der Lebensmittelproduktion eingesetzt. Deren Anteil im Endprodukt liegt jedoch in der Regel unter der Kennzeichnungsschwelle von 0,9 Prozent pro Zutat - und dies aus gutem Grunde: Verbraucher wollen, wie Umfragen immer wieder zeigen, keine Gentechnik auf ihrem Teller. Lebensmittelhersteller fürchten daher um ihre Umsätze und sind deshalb bemüht, eine Kennzeichnung ihrer Produkte zu vermeiden. Sie verändern lieber ihre Rezepturen, um den Anteil an GVO unter 0,9 Prozent zu halten. Also „alles in Butter“?

Kaum Verstöße festgestellt

Die Verbraucher-Initiative, die in ihrem Internet-Portal www.transgen.de die bisherigen Ergebnisse der Lebensmittelüberwachungsbehörden für das Jahr 2005 zusammengefasst hat, ist jedenfalls zufrieden: Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht seien in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Bayern sowie in Bremen und Berlin nur bei knapp einem Prozent der untersuchten Proben vorgekommen. Bei den betreffenden Produkten habe es sich fast ausschließlich um Importware gehandelt.

Mit Bedauern wird jedoch festgestellt, dass das bundesweite Sortiment mit einigen wenigen Ausnahmen - wie dem schon legendären „Butterfinger“ der Firma Nestlé - „kennzeichnungsfrei“ bleibe. Ein Nachteil, den die Verbraucherinnen und Verbraucher nach Ansicht der Verbraucher-Initiative „Kritiker-Gruppen“ zu verdanken haben, „die Supermärkte nach gekennzeichneten Produkten durchsuchen, um sie spektakulär an den Pranger zu stellen“. Dies Bedauern verwundert

nicht, wenn man bedenkt, dass das Internet-Portal - wie ein Blick ins Impressum zeigt - von Bayer, BASF, Dow Chemical, Monsanto, Du Pont/Pioneer Hi-Bred und Syngenta finanziert wird.

Wer kontrolliert?

In Deutschland sind die einzelnen Bundesländer für die Überwachung von GVO und den daraus hergestellten Produkten - also auch der Kennzeichnungsvorschriften verantwortlich. Sie regeln die Durchführung der amtlichen Lebensmittelüberwachung selbst. Daher ist diese in den verschiedenen Bundesländern nicht übereinstimmend organisiert. Beispielsweise gibt es kein einheitliches Vorgehen in der Auswahl der Produkte sowie der Anzahl von Proben, was vielleicht auch die großen Unterschiede der Ergebnisse in den verschiedenen Bundesländern erklärt: Im Jahr 2005 wurden beispielsweise in Bayern 387 sojahlaltige Produkte getestet, 136 (35 Prozent) enthielten gentechnisch veränderte Bestandteile. In Berlin wurden im gleichen Zeitraum 218 Produkte mit Soja-Anteil untersucht, hier wurde man nur bei neun Proben (4 Prozent) fündig. In Bremen hingegen beschränkten die Kontrolleure ihre Untersuchungen - wie schon im Jahr 2004 - ausschließlich auf Maisprodukte (speziell Popcorn), sojahlaltige Produkte wurden dort also überhaupt nicht getestet.

Immer zufällig und unvermeidbar?

Im Jahresbericht des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)² heißt es, dass von den 136 Proben, in denen GVO-Soja gefunden werden konnte, 24 (18 Prozent) einen GVO-Anteil zwischen 0,1 und 0,9 Prozent enthielten. Nach geltendem EU-Recht sind auch Produkte, die Anteile (von zugelassenen GVO) unterhalb des Grenzwertes von 0,9 Prozent pro Zutat enthalten, kennzeichnungspflichtig, außer wenn es sich dabei um „zufällige, technisch unvermeidbare“ GVO-Einträge handelt. Der Inverkehrbringer eines solchen Produkts muss dies bei einer Einzelfallprüfung „überzeugend darlegen“ können. Bis heute existiert jedoch keine handhabbare Definition dieser „Zufälligkeit“ und „Unvermeidbarkeit“.

Bei weiteren 14 Proben (10 Prozent) war laut LGL eine Quantifizierung gar nicht

möglich, da „aufgrund des hohen Verarbeitungsgrades der Produkte zu wenig geeignete Soja-DNA³ aus den Lebensmittelproben isolierbar war“.

Bio mit Gentechnik-Spuren

Die Untersuchungen des LGL ergaben zudem, dass auch bei Bio-Lebensmitteln die Anzahl der GVO-Befunde über die letzten Jahre hin zugenommen hat. Bei neun Prozent der 2005 untersuchten soja- und maishaltigen Produkte wurden GVO-Anteile im „Spurenbereich“, das heißt unter 0,1 Prozent, nachgewiesen. 2004 waren davon drei Prozent der Bio-Proben betroffen.

Was wird kontrolliert?

Die amtlichen Lebensmittelüberwachungen der Länder untersuchen - je nach Bundesland in unterschiedlichster Gewichtung - hauptsächlich soja- und maishaltige Produkte auf GVO-Bestandteile. Darunter fallen Sojamehle, -granulate, -flocken, -schnitzel, -schrot, Fertiggerichte mit Fleischersatz aus Soja, Tofu, Babynahrung und sojahlaltige Getränke; bei den maishaltigen Lebensmitteln Maismehle, -grieße, Cornflakes und Maischips. Dazu kommen noch - in weitaus geringerem Umfang - Lebensmittel wie Papaya, Raps und Raps-Kuchen aus Ölmühlen, Milch, Tomatenprodukte, Senf- und Mungobohnen-Erzeugnisse - und auch Reis.

Wie der diesjährige Skandal um die Kontamination von Lebensmitteln mit dem nicht zugelassenen GVO-Reis LL601 zeigt (siehe EUR 10.06, S. 17), können Anteile eines speziellen GVO in Nahrungsmitteln aber nur dann von den Kontrollbehörden aufgespürt werden, wenn diesen bekannt ist, wonach überhaupt gesucht werden soll. Die Anzahl der vorhandenen GVO weltweit - von denen nur ein Bruchteil für die Produktion von Lebens- und Futtermitteln in der EU zugelassen werden - steigt jedoch stetig an. Für gewöhnlich beschränkt sich die amtliche Lebensmittelüberwachung bei ihren Nachforschungen auf diese zugelassenen GVO.

Auch Produkte, die aus GVO hergestellt wurden, bei denen das gentechnisch veränderte Material im Endprodukt aber nicht mehr nachweisbar ist, müssen laut Verordnung über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (EG/1829/03)

¹ Die Autorin ist Redakteurin beim Gen-ethischen Informationsdienst (GID), der vom Gen-ethischen Netzwerk e.V. (GeN) herausgegeben wird. Der Beitrag erschien bereits in GID 178, Okt./Nov. 2006. www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid/INDEX.HTM

² www.lgl.bayern.de/publikationen/jahresbericht_2005.htm

³ DNA (engl.) = DNS (dt.) = Desoxyribonukleinsäure, Träger der Erbinformation.

Referenzmaterialien

In der Europäischen Union wird das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und Futtermitteln unter anderem unter der Voraussetzung genehmigt, dass eine vom Gemeinschaftlichen Referenzlabor (Community Reference Laboratory, CRL) der Gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Center, JRC) der EU validierte Methode zum Nachweis der gentechnischen Veränderung vorliegt.

Die Methodenprotokolle sowie Referenzmaterialien werden von den Antragstellern im Verlauf des Zulassungsverfahrens eingereicht. Das CRL validiert unter Beteiligung des Europäischen Netzwerks von GVO-Laboratorien (European Network of GMO Laboratories, ENGL) die eingereichten Methoden und veröffentlicht auf seiner Internetseite das Ergebnis der Validierung sowie das validierte Protokoll.

Quelle: Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, www.bvl.bund.de

gekennzeichnet werden. In diesen Fällen kann eine Kennzeichnungspflicht nur noch durch Betriebskontrollen überprüft werden. Von der amtlichen Lebensmittelüberwachung werden dann beispielsweise Proben von Rohstoffen und Ausgangsmaterialien genommen sowie Begleitdokumente der Waren kontrolliert.

Eier, Milch und Fleisch von Tieren, die mit GVO gefüttert wurden, müssen nicht als genetisch verändert gekennzeichnet werden. Auch bei Zusatzstoffen, Vitaminen und Enzymen, die mit transgenen Mikroorganismen in so genannten Bioreaktoren¹ produziert werden, findet die Kennzeichnungspflicht keine Anwendung - infolgedessen werden hier natürlich auch keine Kontrollen durchgeführt.

Nachweisverfahren

Lebens- wie auch Futtermittel werden in Laboren, die von den amtlichen Lebens-

¹ Bioreaktoren: Industrielle Tanks, in denen Mikroorganismen unter künstlichen Bedingungen in einer Nährlösung gehalten werden. Durch Bestimmung der Wachstumsparameter, wie Temperatur, Art und Menge der Nährstoffe oder pH-Wert, wird der Stoffwechsel der Mikroorganismen „gesteuert“. Die Stoffwechselprodukte werden später von den Bestandteilen der Mikroorganismen getrennt.

mittelüberwachungen der Länder beauftragt werden, auf das Vorhandensein von GVO-Bestandteilen untersucht. Dabei werden molekularbiologische Methoden, vor allem Verfahren der so genannten Real-Time PCR² eingesetzt. Um diese PCR-basierten Verfahren überhaupt entwickeln zu können, muss die gesuchte DNA-Sequenz bekannt sein und Referenzmaterial des GVO muss zur Verfügung stehen.

Für in der EU nicht zugelassene GVO sind in der Regel jedoch keine Referenzmaterialien verfügbar, da die Hersteller dieser GVO diese ja nur im Verlauf eines Zulassungsverfahrens bereitstellen müssen (siehe Kasten). So wurde die Nachweismethode sowie Referenzmaterialien für den GVO-Mais Bt10 von der schweizerischen Herstellerfirma Syngenta erst zur Verfügung gestellt, nachdem die EU-Kommission von den US-Behörden im Jahr 2005 über das versehentliche Inverkehrbringen dieser eigentlich nur zu Forschungszwecken entwickelten Bt10-Maisart informiert worden war. Bis zu diesem Zeitpunkt war dieser schon über einen Zeitraum von vier Jahren in Verkehr gebracht worden, ohne von irgendeiner Kontrollbehörde entdeckt worden zu sein. Man geht davon aus, dass so mehr als einhunderttausend Tonnen nicht genehmigter Ware auf den Markt gekommen sein könnten. Aber damit noch nicht genug: Es wurden auch Zweifel an der Zuverlässigkeit des von Syngenta bereitgestellten Testverfahrens laut.³

Kontrollbehörden überfordert?

Sicher, das Spektrum an Aufgaben der Kontrollbehörden ist breit - und aus dem Skandal um das „Gammelfleisch“ in diesem Jahr kann durchaus der Eindruck entstehen, dass sie mit den anstehenden Kontrollen überfordert sind. Damit die Behörden aber ihrer Aufgabe überhaupt sachgemäß nachkommen können, ist die Bereitstellung von Referenzmaterial in ausreichender Menge und Qualität als Minimalforderung anzusehen. Dieses muss von jedem GVO, der an irgendeinem Ort der Welt freigesetzt worden ist, bei staatlichen Stellen vorliegen und auf entspre-

² PCR = Polymerase Chain Reaction = Polymerase-Kettenreaktion: Vervielfältigungsmethode für DNA. www.de.wikipedia.org/wiki/Real_time_PCR

³ Siehe EU-Kommission, Midday Express 04.04.06; ISIS-Pressemitteilung, 18.05.05, www.i-sis.org.uk

chende Nachfragen unkompliziert bereitgestellt werden.

Zudem ist es wichtig, dass die Formel „zufälliges und technisch nicht zu vermeidendes Vorhandensein von genetisch veränderten Lebensmitteln und Futtermitteln“ mit Substanz gefüllt wird, damit sich der Grenzwert von 0,9 Prozent nicht zu einer Verunreinigungstoleranz entwickelt. Denn dies hätte zwangsläufig zur Folge, dass dieser Grenzwert im Laufe der Zeit immer weiter erhöht werden müsste...

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen können, was auf ihren Tellern landet. Spätestens der Genreis-Skandal sollte deutlich gemacht haben, dass im Bereich Lebensmittelüberwachung nicht sorgfältig genug vorgegangen werden kann. ■ ▼

• Weitere Informationen

Gen-ethisches Netzwerk (GeN), Theresia Scheierling, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin
Tel. 030 / 68-57073, Fax -41183
eMail: gid@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

NRW kürzt bei Agrar-Umweltmaßnahmen

BUND und Abl fordern weiter tier- und umweltgerechte Landwirtschaft

Das Landwirtschaftsministerium in Düsseldorf soll die Streichung der Förderung tier- und umweltgerechter Haltungsformen in der Landwirtschaft zurücknehmen. Diesen Appell richteten der Umweltverband BUND und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Nordrhein-Westfalen im Oktober an den zuständigen Minister Eckhard Uhlenberg. Vor allem die Förderung der Weidehaltung müsse erhalten bleiben, anderenfalls käme das Aus für viele bäuerliche Betriebe und der Verlust landschaftlicher Vielfalt in benachteiligten Regionen wie dem Sauerland, dem Bergischen Land oder der Eifel. Durch die Zusage von 30 Millionen Euro zusätzlicher Mittel aus Brüssel sei das Geld dafür vorhanden, so die Verbände.

Die ersatzlose Streichung von Agrarumweltmaßnahmen treffe vor allem diejenigen bäuerlichen Betriebe, die durch ihre Bewirtschaftungsformen einen wertvollen Beitrag für eine intakte und abwechslungsreiche Kulturlandschaft leisteten, so der BUND. Ohne finanzielle Unterstützung sei die tiergerechte bäuerliche Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, die viel Zusatzarbeit erfordere, gefährdet.

Kurswechsel in der Agrarpolitik gefordert

Die beiden Verbände kritisierten auch, dass das Düsseldorfer Kabinett den Schweinehaltungserlass von Uhlenbergs Vorgängerin Bärbel Höhn zurückgenommen und sich für die Wiedereinführung der Käfighaltung von Legehennen eingesetzt hat. Auch für eine gentechnikfreie Produktion fehlen aus Sicht von AbL und BUND Signale aus dem Agrarministerium. Die Verbände forderten daher einen Kurswechsel, damit in NRW „auch künftig gesunde Nahrungsmittel in einer intakten Kulturlandschaft erzeugt werden können“. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND Nordrhein-Westfalen, Agrarreferent Ralf Bilke, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf
Tel. 0211 / 302005-20, Fax -26
eMail: bund.nrw@bund.net
www.bund-nrw.de

Gen-Reis bringt Agro-Gentechnik in Verruf

Keine Wahlfreiheit bei illegal in den Handel gelangten Produkten

Der Skandal um den nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Langkornreis aus den USA in deutschen und europäischen Supermärkten hat dem Ansehen der Grünen Gentechnik sehr geschadet. Stets hatten Branchenvertreter betont, die Verbraucher/innen hätten wegen der Kennzeichnungspflicht die Wahl zwischen genmanipulierten und konventionell oder ökologisch erzeugten Lebensmitteln. Dass der kontaminierte Reis hierzulande in den Handel gelangen konnte, und zwar ohne Prüfung, ordnungsgemäße Zulassung und Kennzeichnung, wird allgemein als großer Vertrauensverlust gewertet.

Auch die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) sprach auf der Jahrespressekonferenz Mitte September in Frankfurt am Main von einem Imageschaden, der nicht kleingeredet werden solle. Die Branche müsse aber sicherstellen, „dass zukünftig nicht zugelassene Produkte nicht mehr auf den Markt gelangen“. Dass ihr das gelingt, wird jedoch von Umwelt- und Verbraucherschützern und auch in vielen Medienkommentaren bezweifelt, da die Fälle von illegalen Genreis-Lieferungen nicht abreißen.

Weitere kontaminierte Reissorte aus den USA und aus China aufgetaucht

Nach dem im Sommer entdeckten Gen-Reis LL601 (EUR 10.06, S. 17) wurde laut Informationsdienst Gentechnik im Oktober in der EU eine weitere Sorte mit dem Namen LL62 nachgewiesen. Auch diese Sorte stammt von Bayer CropScience und hat keine Zulassung. Weil sich die USA weigerten ihre Untersuchungsmethoden europäischen Standards anzugleichen, beschloss die EU ab Ende Oktober umfangreiche Zwangstests für alle Langkornreislieferungen aus den USA. Die Kosten dafür und für längere Liegezeiten in den Häfen müssen die Exporteure tragen.

Kontaminierter Reis kommt aber nicht nur aus den USA. Die Lebensmittelkontrollbehörden in Hessen, Hamburg und Niedersachsen fanden in Asia-Läden Reis, der in China gentechnisch manipuliert und offenbar illegal angebaut wurde. In den Läden wurde dieser Reis mit der Gen-Be-

zeichnung Bt 63 unter dem Namen „Swallow Sailing“ verkauft.

Zurückgerufener Genreis soll exportiert werden

Greenpeace fand Ende Oktober heraus, dass im Hamburger Hafen aus den Läden zurückgerufener LL601-Reis gelagert wurde. Nach Angaben der Herstellerfirma Euryza sollte der Reis möglicherweise weiterhin als Nahrungsmittel exportiert werden. Die Umweltorganisation forderte, den Genreis zu vernichten. Die Auswirkungen von LL601 auf die menschliche Gesundheit seien bislang nicht erforscht. Außerdem plädierte Greenpeace dafür, den Bayer-Konzern für den entstandenen Schaden in Haftung zu nehmen. Nach Schätzungen des Bundesverbandes von Nahrungsmitteln aus Getreide und Reis wurden bisher rund 10.000 Tonnen Reis in Rückrufaktionen vom deutschen Markt genommen. Der Schaden für die Lebensmittelwirtschaft belaufe sich auf etwa zehn Millionen Euro. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Informationsdienst Gentechnik, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 284823-04, Fax -09
eMail: info@keine-gentechnik.de
www.keine-gentechnik.de

Seehofer stimmte in Brüssel für Zulassung von Gen-Raps

EU-Agrarministerrat erreichte aber keine qualifizierte Mehrheit

Mitte September hat Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer im Agrarministerrat der Europäischen Union für die Zulassung von gentechnisch verändertem Raps gestimmt. Weil 13 der 25 EU-Mitgliedstaaten dagegen stimmten, konnte im Ministerrat aber keine qualifizierte Mehrheit erzielt werden. Die Entscheidung liegt nun bei der EU-Kommission, die in der Vergangenheit in solchen Fällen fast immer die Zulassung erteilt hatte.

Raps gilt als nicht koexistenzfähig

Die Koexistenz zwischen gentechnisch verändertem und konventionellem Raps gilt als besonders strittig. Laut Naturschutzbund (NABU) verbreiten sich Raps-samen sehr schnell, kreuzen sich mit Wildpflanzen und können nicht kontrolliert werden. Aus diesem Grund hatte sich auch Seehofer bisher stets gegen den Anbau von Genraps in Europa ausgesprochen.

Gentechnik-Kritiker und Landwirte zeigten sich verärgert über Seehofers Votum. Der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) warf Seehofer vor, sich mit dem Abstimmungsverhalten in Widersprüche verwickelt zu haben. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) verwies auf mögliche praktische Probleme und ökonomische Konsequenzen.

Bei dem Genraps handelt es sich um die Sorten Ms8, Rf3 und die daraus abgeleiteten Hybriden Ms8xRf3 der Firma Bayer Crop Science. Sie sind herbizidtolerant und sollen männliche Sterilität besitzen. Wenn die EU die Anbaugenehmigung erteilt, könnte sich eine Verunreinigung mit Genraps rasch ausbreiten. (mbu) ■ ▼

● **Weitere Informationen**

Naturschutzbund (NABU), Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84
eMail: bv.berlin@nabu.de
www.nabu.de

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381 / 9053170, Fax /492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Ernährungsmediziner: Genpflanzen bergen Risiken

„Veränderung im Primär- und Sekundärstoffwechsel der Pflanze“

Gentechnische Veränderungen von Pflanzen können zu einer erheblichen Veränderung in deren Primär- und Sekundärstoffwechsel führen, was schwere Folgen für die stoffliche Zusammensetzung der Pflanzen haben kann. Darauf hat der Berliner Ernährungsmediziner Dr. Ralf Hilbert hingewiesen. Insbesondere pflanzliche Hilfsstoffe wie Hormone, Spurenelemente und pflanzliche Phenole könnten fehlen oder in nur geringeren Konzentrationen in den Pflanzen vorhanden sein. Gerade auf diese Stoffe sei jedoch der Säugetierorganismus angewiesen, weil er sie selbst nicht produzieren könne. Das, so der Experte, habe langfristig Konsequenzen für das reibungslose Funktionieren des tierischen beziehungsweise menschlichen Organismus, der Genpflanzen zu sich nimmt.

Aufwändige Studien über Folgen für Nutztiere und Menschen nötig

Die genannten Effekte nachzuweisen ist laut Hilbert sehr schwierig und bedarf aufwändiger Studien, die momentan niemand finanzieren wolle. Es gebe auch deshalb so wenige Daten, weil die aufwändigen Untersuchungen von staatlichen Stellen nicht gefördert und teilweise sogar behindert würden. Einzelne seriöse Untersuchungen hätten jedoch belegt, dass es „zu Fehlgeburten, zu einer dramatischen Verstärkung der Allergieneigung, zu Nierenschäden, zu Blutbildveränderungen bis hin zu Blutkrebs und zu systemischen Vergiftungen“ kommen könne. Beispielsweise würden gentechnisch produzierte pflanzeneigene Fraßschutzgifte im Magen nicht gespalten und könnten chemisch unverändert über die Darmschleimhaut in den Organismus gelangen.

Die Konsument/innen forderte der Ernährungsexperte auf, keine Waren von Unternehmen zu kaufen, „die diese Entwicklung unterstützen oder mit diesem gefährlichen Betrug Geld verdienen“. (nh) ■

● **Weitere Informationen**

Quelle: Net News Global, 25.10.06

Ausführliches Interview:
www.kommunikationssystem.de/read.php?id=25020

Dumpingverbot auch für Fleischexporte gefordert

Regelung soll Handel mit Gammelfleisch verhindern

Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) hat gefordert, das geplante schärfere Dumpingverbot bei Lebensmitteln auf Exporteure auszudehnen. Die Organisation forderte das Verbraucher- und das Wirtschaftsministerium in Berlin auf, Fleischexporteure in die Regelung einzubeziehen. Die Maßnahme soll Unternehmen mit großer Marktmacht dazu verpflichten ihre Waren nicht unter dem Einkaufspreis anzubieten. Damit soll der Handel mit verdorbenem Fleisch verhindert werden.

Laut EED gibt es Rabattaktionen, Dumping und Resteverkauf nicht nur in europäischen Discountern, sondern auch bei der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen in Entwicklungsländer. Das Dumping von Fleisch ungesicherter Qualität auf den Märkten Afrikas sei Normalzustand. Nach einer Studie des Entwicklungsdienstes wurden Hähnchenteile von zweifelhaften europäischen Handelsfirmen nach Kamerun verkauft und passierten dort ohne Kontrollen den Zoll. Aus den Dokumenten ging weder hervor, wo die Hähnchenteile verpackt wurden, noch wie lange das Fleisch haltbar war.

EED: Fleischmüll wird auf den Märkten der Armen entsorgt

Das Kilo Hähnchenfleisch wurde nach Angaben des EED für 62 Cent angeboten. Diese Summe liegt noch unter dem Preis, zu dem Schlachtereien in Europa das lebende Tier vom Landwirt einkaufen. Eine solche Praxis zerstöre die Märkte in Westafrika, warnte der EED. Es gebe zudem einen direkten Zusammenhang zwischen Preisdumping bei Fleisch im Exportgeschäft und der Qualitätsfrage. Schwer verkäufliche Fleischteile wie Ware kurz vor Ablauf des Haltbarkeitsdatums, Schlachtabfälle und Fleischnebenprodukte, würden „auf den Märkten der Armen entsorgt“. (mbu) ■ ▼

● **Weitere Informationen**

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Ulrich-von-Hassell-Str. 76, 53123 Bonn
Tel. 0228 / 8101-2503, Fax -160
eMail: presse@eed.de
www.eed.de

Kurzmeldungen

Staatliche Agrarforschung soll umstrukturiert werden

Die Forschungsabteilung des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) soll umstrukturiert werden. Nach den Plänen, die im Oktober bekannt wurden, sollen nicht nur Institute geschlossen oder verlagert werden, auch zahlreiche Planstellen in den Forschungseinrichtungen stehen auf der Streichliste. Die Grünen warnten vor einem Kahlschlag in der Agrarforschung. Es sei noch nichts endgültig entschieden, beschwichtigte eine Sprecherin des BMELV. Die Wissenschaftler befürchten aber drastische Einschränkungen und mehr politische Einflussnahme. Laut Konzept des Agrarministeriums sollen innerhalb von fünf Jahren die sieben Bundesforschungsanstalten zu vier Bundesoberbehörden in Quedlinburg, auf der Ostseeinsel Riems, in Karlsruhe und in Braunschweig zusammengeführt werden. Betroffen sind u. a. die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) und die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BfEL) in Karlsruhe sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI) in Bonn. Experten kritisierten an den Sparplänen auch den anhaltenden Abbau der Umweltforschung. (mbu)

● BMELV, Tel. 01888 / 5293173, www.bmelv.bund.de

Schüler- und Jugendzeitungspreis „Jugend. Umwelt. Zukunft.“

Ökologische Landwirtschaft oder genmanipulierte Lebensmittel, Atomkraft oder erneuerbare Energien - das Umweltinstitut München will herausfinden, wie Jugendliche über die Umwelt denken. Deshalb hat es mit drei Kooperationspartnern zum ersten Mal den Schüler- und Jugendzeitungspreis „Jugend. Umwelt. Zukunft.“ ausgeschrieben. Die Ausschreibung mit den Bewerbungsunterlagen gibt es im Internet. (mbu)

● Umweltinstitut München, Tel. 089 / 307749-0, www.umweltinstitut.org/wettbewerb

Gentechnik: Kontroverse Vorschläge zur „guten fachlichen Praxis“

Sieben Verbände aus Landwirtschaft, Umweltschutz und Lebensmittelwirtschaft sowie einzelne Sachverständige haben im Oktober im Agrarausschuss des Bundestags zur „guten fachlichen Praxis“ Stellung genommen. Die Vorstellungen, wie in

Zukunft der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland aussehen soll, sind sehr unterschiedlich. Der Deutsche Raiffeisenverband plädierte für einen Isolationsabstand von mindestens 150 Metern beim Maisanbau und die Abschaffung des Standortregisters. Für den Deutschen Imkerbund wären solche Regelungen das Ende einer gentechnikfreien Honigproduktion. Die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) hält eine Auskreuzung für unvermeidbar. Aus ihrer Sicht müssen Verunreinigungen in Kauf genommen werden. Die Empfehlungen sind Teil der Beratungen über eine Verordnung zur guten fachlichen Praxis. Diese legt fest, welche Vorsorgemaßnahmen Landwirte ergreifen müssen, um eine gentechnische Kontamination von Nachbarfeldern zu verhindern. (mbu)

Quelle: Informationsdienst Gentechnik, 19.10.2006, www.keine-gentechnik.de

Über 30.000 Unterschriften gegen Genweizen-Freisetzungsversuch

Bauern- und Umweltverbände sowie Unternehmen haben Ende Oktober in Magdeburg gegen Versuche mit Gen-Weizen protestiert. Sie forderten einen Verzicht auf den in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) geplanten Probeanbau von genmanipuliertem Weizen. Dort sollen im November mehr als 11.000 genveränderte Winterweizen-Pflanzen angebaut werden (DRB 10.06, S. 7). Kritiker befürchten eine gentechnische Verunreinigung zahlreicher alter Weizensorten, wenn in deren Nähe Gen-Weizen angebaut wird. Gegen die Freisetzung hatte das Umweltinstitut München dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zuvor mehr als 30.000 Unterschriften übergeben. Das BVL wollte bald danach darüber entscheiden, ob es den Anbau von Gen-Weizen genehmigen wird. (mbu)

● Umweltinstitut München, Tel. 089 / 307749-0, www.umweltinstitut.org

Gegen Gen-Gerste: Bier soll gentechnikfrei bleiben

Mehrere Brauereibetriebe haben Ende September ein Manifest gegen die Verwendung von genmanipulierten Rohstoffen wie Gerste, Hopfen oder Hefe bei der Bierherstellung unterzeichnet. Bisher ist Gentech-Bier in Deutschland nicht zugelassen. Die Brauer, darunter Lammsbräu, Riegele und Stralsunder, forderten eine Ergänzung im Gesetz, die den Einsatz von Gentechnik bei der Bierproduktion ausdrücklich verbietet. Das Reinheitsgebot,

das für deutsches Bier nur Malz aus Getreide, Hopfen, Hefe und Wasser erlaubt, sagt nichts über gentechnisch veränderte Zutaten aus. (mbu)

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 28.09.2006

Kennzeichnungspflicht für verarbeitete Eier gefordert

Die Erzeugergemeinschaft CW Öko Ei hat im Oktober dazu aufgerufen, auch auf Nudelpackungen, bei Backwaren und Fertigprodukten zu deklarieren, woher die darin enthaltenen Eier stammen. Anlass war die „Nudelwoche“ des Verbandes der Teigwarenhersteller und Hartweizenmühlen. 70 Prozent der in Deutschland hergestellten Teigwaren sind nach Angaben von CW Öko Ei Eier-Nudeln. Die verwendeten Eier stammten meist aus Käfighaltung. Auf Eierpackungen können Verbraucher anhand der Kennzeichnung entscheiden, welches Produkt sie kaufen, bei den verarbeiteten Eiern bleibt das verborgen. Von Wahlfreiheit könne hier keine Rede sein, so CW Öko-Ei. Laut Umfragen lehnen über 70 Prozent der deutschen Verbraucher/innen Eier aus Käfighaltung ab. (mbu)

Quelle: www.diebiohennen.de 26.10.06



Lesenswert/Sehenswert

Die Fleischmafia: Kriminelle Geschäfte

In diesem Buch über die Praktiken der Fleischbranche in Deutschland geht es nicht nur um die hygienischen Zustände in Schlachtereien und Fleischbetrieben, sondern auch um die Arbeitsbedingungen bei der Fleischproduktion. Anfang 2006 wurde der Film „Die Fleischmafia“ von Adrian Peter in der ARD gesendet. Peter deckt darin neben dem Lebensmittelkandal im Umgang mit Fleisch auch Menschenrechtsverletzungen in den Schlachthöfen auf. In dem gleichnamigen Buch schreibt der Autor nun, die Fleischbranche sei „in einem Maße für Kriminalität anfällig, wie man es sonst eher aus dem Rotlichtmilieu kennt: Betrug, Körperverletzung, illegaler Waffenbesitz, Menschenhandel, Dokumentenfälschungen, Drogenhandel, Brandstiftung“. Dokumentiert werden Termine und Aktenfunde, Gespräche mit Staatsanwälten und Lebensmittelkontrolleuren, mit betroffenen Arbeitern - und mit Managern und Subunternehmern, die auch beim Namen genannt werden. (mbu)

Adrian Peter: Die Fleischmafia - Kriminelle Geschäfte mit Fleisch und Menschen, Econ Verlag, Berlin 2006, 210 S., 16,95 Euro, ISBN: 3-430300-134

Schweinezucht: Monsanto greift nach dem Erbgut

Der Gentechnik-Konzern Monsanto strebt offenbar ein Patent auf das Erbgut des Schweines an. Am Beispiel des Landwirts Christoph Zimmer berichtet die WDR-Reportage über die Probleme und Befürchtungen deutscher Schweinezüchter. Monsanto's Ziel ist das marktgerechte Schwein. Forscher des Konzerns haben bestimmte Abschnitte seines Erbgutes entschlüsselt. Sollte das Patent erteilt werden, wäre Schweinezucht nur noch mit Zustimmung von Monsanto möglich. Diese müssten für jedes Schwein, das Monsanto's Genmarker trägt, Geld an die Firma zahlen. Bei Futtermitteln wie Genmais ist das bereits der Fall. Auch den Risiken für die Verbraucher/innen geht die Sendung nach. (mbu)

Arme Sau - Das Geschäft mit dem Erbgut, Redaktion Barbara Schmitz, WDR 2006, VHS, 45 min, 43,50 Euro inkl. Versand; Bezug: WDR, Köln, Fax 0221 / 2208041, eMail: mitschnittservice@wdr.de, www.wdr.de/tv/diestory/videobest.phtml

Leserbrief

Betr.: „Agro-Gentechnik durch die Hintertür“ von Gerald Wehde, DRB 09.06, S. 7

Gentechnik-Kennzeichnungspflicht gilt auch für Energiepflanzen

[...] Im besagten Artikel wird Folgendes ausgeführt:

„Transparenz besteht nicht, denn gentechnisch veränderte Pflanzen zur Erzeugung von Energie und anderen Rohstoffen müssen nicht gekennzeichnet werden.“
„Nachwachsende Rohstoffe sind nicht zum Verzehr bestimmt, Verbraucher kommen mit ihnen nicht direkt in Berührung und sie müssen nicht als ‚Gentech-Rohstoffe‘ gekennzeichnet werden.“

Hierbei handelt es sich um eine Fehlinformation, die dazu geeignet ist, das Gegenteil von dem zu erreichen, was der Gesetzgeber und vermutlich auch die Herausgeber Ihrer Zeitschrift beabsichtigen, nämlich Transparenz und klare Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte. Der § 17 b Gentechnikgesetz lautet ganz eindeutig:

„Produkte, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen und in Verkehr gebracht werden, sind auf einem Etikett oder in einem Begleitdokument entsprechend ... mit dem Hinweis ... ‚dieses Produkt enthält gentechnisch veränderte Organismen‘ zu kennzeichnen.“

Ergänzend gilt die Verordnung (EG) 1830/2003 über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung, die in Art. 4 vorschreibt, dass beim Inverkehrbringen von GVO-Produkten¹ dem Abnehmer schriftlich die Angabe zu übermitteln ist, dass das Produkt GVO enthält oder aus GVO besteht, sowie der entsprechende spezifische Erkennungsmarker für den GVO.

Es trifft allerdings zu, dass der gesetzlich vorgeschriebenen Transparenz Grenzen gesetzt sind. So sind z. B. tierische Erzeugnisse, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, nach derzeitiger Rechtslage nicht zu kennzeichnen. Auch müssen Produkte, die aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden, aber keine GVO mehr ent-

¹ GVO: Gentechnisch veränderte Organismen; die Red.

halten, nur dann gekennzeichnet werden, wenn sie zur Erzeugung von Lebens- oder Futtermitteln verwendet werden sollen. Dies trifft in der Regel für verarbeitete GVO-Produkte zu, die als nachwachsende Rohstoffe genutzt werden, z. B. Rapsöl für die Biodieselherstellung oder Baumwollfasern für die Textilherstellung.

Die primären nachwachsenden Rohstoffe müssen hingegen gekennzeichnet werden, wenn es sich um gentechnisch veränderte Pflanzen handelt. Insoweit sind Lebens- und Futtermittel sowie Rohstoffpflanzen ähnlichen Anforderungen unterworfen. Die Kennzeichnungspflicht endet bei den Letztgenannten erst dort, wo die Eigenschaft als GVO und damit die Gefahr einer Ausbreitung oder Verschleppung in die Umwelt oder in andere Kulturen endet.

Korrekt ist die Feststellung des Autors, dass Verbraucher/innen verarbeiteter Produkte aus GVO-Rohstoffen nicht auf eine Kennzeichnung und die Transparenz des Herstellungsweges vertrauen können. Landwirte sollten sich der umfassenden Kennzeichnungspflicht jedoch bewusst sein. ■

Dr. Tobias Jacobi, Mainz

Erster Betrugsfall beim Einweg-Pfand

Neu produzierte PET-Flaschen mit gefälschten Etiketten aufgetaucht

Im schleswig-holsteinischen Itzehoe haben Polizisten Ende Oktober drei Männer festgenommen, die einen Betrug mit Pfandflaschen geplant hatten. Sie wollten neu produzierte PET-Flaschen mit gefälschten Etiketten über Leergutautomaten in das Pfandsystem einschleusen. Die Menge entspricht einem Pfandwert von 38.000 Euro. Polizeiberichten zufolge kamen die Plagiate aus Litauen. Laut der Lebensmittel Zeitung (LZ) ist unklar, ob es sich um einen Einzelfall oder ein kriminelles Netzwerk handelt. Die vertriebslinienübergreifende Rücknahme von bepfandetem Leergut war am 1. Mai unter Führung der Berliner DPG (Deutsche Pfandsysteme GmbH) ohne zusätzliche Sicherung gestartet. Das Pfandgeld wird meist nur auf Basis des Barcodes ausgezahlt.

Rückgang bei Mehrwegverpackungen

Einzelhändler und Getränkemärkte klagen zudem über mangelhafte Rückerstattungen von Pfandgeldern. Der Grund dafür ist laut DPG die Nichteinhaltung der Richtlinien, die laut Getränkevertretern so umfassend seien, dass die Einhaltung schwer fiel. Laut einer Studie der Unternehmensberatung B&G ist auf Händlerseite eine deutliche Tendenz in Richtung Einweg auszumachen: Die Kunden erkennen kaum den Unterschied zwischen den Systemen, so dass sie eher die Einwegflasche wählen. Die Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke berichtete von einem Einbruch an Mehrwegbestellungen. Die aktuellen Produktionszahlen verhiessen nichts Gutes. Der Handel verlange immer mehr Getränkeverpackungen für das Einwegsegment. Mehrwegverpackungen seien auf dem Rückzug. Ein Vertreter der Verpackungswirtschaft klagte: „Wenn die Bundesregierung die Dosenpfandregelung nicht nachbessert, gibt es für die ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen keine Marktchancen mehr“. (fh) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
eMail: leonhardt@duh.de
www.duh.de

Elektroaltgeräte-Gesetz begünstigt Großfirmen

DUH: Dumpingpreise ruinieren kleine Recycler und die Umwelt

Abfallexperten haben vor unbeabsichtigten negativen Folgen des Elektroaltgerätegesetzes (ElektroG) gewarnt. Mit in Krafttreten des Gesetzes Ende März sollte Elektroschrott so effektiv und ökologisch wie möglich verwertet werden. Entsorgungsbetriebe hatten zuvor festgestellte Mitarbeiter einen Großteil des Elektroschrotts demontieren lassen - nun sammeln die Kommunen alles nach Gerätegruppen getrennt ein. „Viele behalten die so genannte weiße Ware wie Kühlschränke und Waschmaschinen, die am meisten Geld bringt, für sich“, sagte DUH-Abfallexpertin Eva Leonhardt der Deutschen Umwelthilfe. Für den Transport der übrigen Geräte sind nun von den Herstellern beauftragte Unternehmen zuständig. Für Entsorgungsfirmen blieben oft nur zerlegte Reste übrig, die teilweise Giftstoffe freisetzen. „Hier geht der Preis längst vor Umwelt“, sagte Jörg Lacher, Sprecher des Bundesverbands Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse). Hintergrund sei der Preiskampf: Die tatsächlich gezahlten Preise seien oft nur halb so hoch wie die von der Elektroindustrie empfohlenen. „Es ist ein Geschäft für die Großen geworden“, so der bvse-Sprecher.

DUH: Verwertungsstandards sinken

Mehrere mittelständische Entsorgungsunternehmen stehen nun vor der Aufgabe. „Damit dürften die relativ anspruchsvollen Verwertungsstandards in Deutschland weiter sinken“, befürchtet DUH-Expertin Leonhardt. Beim Umweltministerium sieht man jedoch keinen Handlungsbedarf: „Für den Vollzug sind die Bundesländer zuständig.“ Die Länder verweisen darauf, dass noch keine konkreten Anzeigen eingegangen seien. Laut Leonhardt ist es schwierig anzuzeigen: „Der Bruch, der beim Entsorger ankommt, kann ja überall entstanden sein“. (fh) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Abfall-Expertin Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19
eMail: leonhardt@duh.de
www.duh.de

Säuglinge stark mit Chemikalien belastet

Studie: Neugeborene weisen schlechtere Werte auf als ihre Mütter

Eine BUND-Studie hat Anfang Oktober ergeben, dass Babys stärker mit Chemikalien belastet sind als ihre Mütter. Die Studie mit dem Titel „Gesundheitsschäden durch eine verfehlte Chemikalienpolitik - Kinder besser schützen“ fasst aktuelle Untersuchungen zur besonderen Gefährdung von Kindern zusammen. Demnach funktioniert deren Entgiftung noch nicht gut genug, so dass Schadstoffe kaum zerlegt oder in Fett deponiert werden können. Kinder seien so pro Kilogramm Körpergewicht stärker mit Chemikalien belastet als Erwachsene.

Die giftigen Stoffe kommen laut Studie aus Spielzeug, Parfüms oder Lacken und stören die Entwicklung von Gedächtnis und Motorik, können Frühgeburten und Hyperaktivität hervorrufen. Immer mehr Kinder bekommen zudem Hautausschläge oder Asthma. Im Blut aus der Nabelschnur, ebenso wie in der Muttermilch, wiesen Wissenschaftler knapp 300 Stoffe nach. Dazu kommt Chemie in Teppichen und Matratzen.

EU will bis Ende des Jahres neue Verordnung verabschieden

In Europa sind rund 100.000 Chemikalien angemeldet, wobei „nur vier Prozent der Chemikalien auf dem Markt getestet sind“, erklärte BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm. Die EU will die Kontrolle über die Vermarktung und Anwendung von Chemikalien neu regeln - mit der REACH-Verordnung (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien). Geplant ist, dass die Firmen alle Stoffe, von denen mehr als eine Tonne pro Jahr produziert wird, auf ihre Nebenwirkungen testen müssen. Wenn die Konzerne das Risiko jedoch „angemessen kontrollieren“, sollen bedenkliche Chemikalien auch weiter verkauft werden dürfen. Der BUND will mit seiner Studie den politischen Druck für eine strengere Regelung erhöhen. (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

BUND, EU-Chemikalienexpertin Patricia Cameron, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-26, Fax -40
eMail: patricia.cameron@bund.net
www.bundgegengift.de

Mehr Störfälle in der chemischen Industrie

Mangelnde Wartung und falsche Anwendung durch Unwissenheit

Die Zentrale Melde- und Auswertestelle für Störfälle (ZEMA) am Umweltbundesamt (UBA) hat im Jahr 2004 etwa ein Fünftel mehr Störfälle als im Jahr zuvor gemeldet. Insgesamt gab es 31 Störfälle, wovon knapp die Hälfte im Bereich der chemischen Industrie vorkamen. 2004 habe es drei Tote und 42 Verletzte gegeben. Die Sachschäden beliefen sich auf etwa 22 Millionen Euro, wobei weitere 200.000 Euro durch Schäden an der Umwelt hinzukommen. Probleme ergäben sich häufig durch mangelnde Wartung technischer Geräte oder fehlerhafte Anwendungen.

Seit 1993 erfasst die ZEMA Störfälle in Unternehmen, die mit Gefahrstoffen wie Chlor, Ammoniak und Propan arbeiten, und registriert technisch bedeutsame Betriebsstörungen bei der Lagerung toxischer Gase. Am 9. Januar 2004 kam es zum Beispiel in Krefeld zur Freisetzung und zum Brand eines Fluor-Helium-Gemisches in einem Spezialgaswerk. Insgesamt wurden 2004 nach der Störfallverordnung 30 Ereignisse gemeldet.

UBA fordert mehr Personal und bessere Schulung

Die Störfälle gehen den Angaben zufolge „meist zurück auf technische Fehler an Apparaten und Armaturen, gefolgt von chemischen Reaktionen und menschlichem Versagen. Die Ereignisse führten etwa zur Freisetzung einzelner Gefahrstoffe - wie Chlor oder Ammoniak - sowie zu Explosionen und zu Bränden. Dies geschieht laut ZEMA meist aus Unwissenheit, daher bestehe Handlungsbedarf. „Eine bessere Wartung der Anlagen, intensivere Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ausreichendes Personal könnten die Zahl der Störfälle und die damit verbundenen Personen- sowie Sachschäden deutlich verringern“, meint das Umweltbundesamt. (fh) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Os-nabrück
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190
eMail: info@dbu.de
www.dbu.de

Kurzmeldungen

Wissenschaftler fordern mehr Risikoforschung zu Nanotechnologie

Wissenschaftler haben Mitte Oktober Industrie und Regulierungsbehörden aufgefordert, die Gefahren der Nanotechnologie für Umwelt und Gesundheit stärker zu untersuchen. Bei einer Tagung des Forschungsunternehmens Lux Research wiesen die Forscher auf generelle Risiken der Nanotechnologie hin. Unternehmen sollten diese gleich zu Beginn des Entwicklungsprozesses untersuchen anstatt erst im Nachhinein. Lux Research hat ermittelt, dass knapp 150 der 1330 weltgrößten Unternehmen derzeit an Nanotech-Projekten arbeiten. Bis 2008 werde sich diese Zahl verdoppeln und der Gesamtaufwand für Forschung und Entwicklung auf 12 Milliarden Dollar steigen. Ein Bewusstsein für die Gefahren fehle weitgehend, sagte Michael Holman, Analyst bei Lux Research. Weil es zu wenig verlässliche Daten gebe, müssten die Unternehmen die Stoffe während jedes Produktionsstadiums und nicht erst beim Endprodukt auf Nebenwirkungen untersuchen. (fh)

Quelle: www.silicon.de, 19.10.2006

WHO kritisiert Feinstaub-Novellierung

Der Luftgüteexperte des WHO-Zentrums in Bonn, Michal Krzyzanowski, hat die deutsche und europäische Feinstaub-Politik kritisiert. Anlass war die Entscheidung der EU-Umweltminister über eine neue, abgeschwächte Luftgüte-Richtlinie am 26. Oktober. Die Abschwächung war auch von deutschen Politikern gefordert worden, nachdem viele Kommunen die bisherigen Grenzwerte nicht einhalten konnten. Mit der bisherigen Gesetzgebung hätten aber jedes Jahr 77.000 Europäer länger leben können, sagte Krzyzanowski. In Nordrhein-Westfalen sei in durch Verkehr und Industrie stark verschmutzten Gebieten das Risiko an Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu sterben etwa 50 Prozent höher. Das EU-Parlament erlaubt in der neuen Richtlinie vielen Städten, bis zu 55-mal im Jahr die Grenzwerte zu überschreiten. Dabei ist laut Krzyzanowski belegbar, dass auch kurzzeitige Tagesbelastungen schwere gesundheitliche Folgen haben. Feinstaub ist der in Europa folgenreichste Schadstoff. Die WHO fordert die Halbierung des EU-Jahresgrenzwerts und Abgasstandards für Fahrzeuge. (fh, mb)

Europäisches WHO-Zentrum, Bonn, Tel. 0228 / 8150421, www.euro.who.int



Regionalplanung steuert Windkraft

Abschlussveranstaltung der DNR-Kampagne „Windkraft im Visier“

Um das Spannungsverhältnis von Windkraft und Naturschutz zu analysieren und zu versachlichen, hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) seit 2004 eine Kampagne mit dem Titel „Umwelt- und naturverträgliche Windenergienutzung“ durchgeführt. Deren Abschlussveranstaltung fand Ende September im brandenburgischen Prenzlau statt. Dort stand vor allem eine Frage im Mittelpunkt: Kann die Regionalplanung in Brandenburg positives Vorbild für andere Bundesländer sein?

Die Podiumsdiskussion im Dominikanerkloster Prenzlau führte nochmals eine Reihe ganz unterschiedlicher Experten zusammen, um anfangs kontrovers zu diskutieren - aber sich im Ergebnis dann dennoch einig zu sein. DNR-Projektleiter Günter Ratzbor fasste es so zusammen: „Wenn man den Ausbau der Windkraft wie hier in der Uckermark durch die Regionalplanung steuert, sind die Anforderungen von Umwelt, Mensch und Klimaschutz in Einklang zu bringen.“

In der Uckermark ist es die Aufgabe der regionalen Planung, die Windenergienutzung so zu ordnen, dass wirtschaftliche Entwicklung und saubere Energieversorgung möglich werden und gleichzeitig unzumutbare Belästigungen und Schäden an Natur und Landschaft unterbleiben. Welche Ansätze und welche Maßstäbe für die Regionalplanung herangezogen werden und welche Schwerpunkte die aktuellen Planungen haben, stellte die Leiterin der Regionalstelle der Planungsgemeinschaft Uckermark Claudia Henze dar.

Dr. Joachim Hartlik beleuchtete den sehr langen Planungsprozess und die sich stark wandelnden Pflichten zur Prüfung der Umweltverträglichkeit. Als Vorstandsmitglied der UVP-Gesellschaft verstehe er sich als Wächter über die „Spielregeln“ der Umweltprüfung, so Hartlik.

Die rechtlichen Zusammenhänge präsentierte der Berliner Anwalt Philipp von Tettau. Die fachlich ausgewogene Regionalplanung schränke die baurechtliche Privilegierung der Windkraftnutzung, also die Freistellung von den Bauverboten außerhalb bereits bebauter Gebiete, drastisch ein. Damit könnten Windenergieanlagen,

so der Rechtsanwalt, längst nicht mehr überall errichtet werden: In den Landkreisen Uckermark und Barnim stünden nur noch 1,5 % der Fläche zur Verfügung.

Der durch Thomas Volpers vertretene BUND sieht die Dinge sehr differenziert. Die Regionalplanung habe bislang wichtige Naturschutzaspekte berücksichtigt. Folglich müssen sich die Windeignungsflächen auf Bereiche konzentrieren, die als weiträumige Agrarlandschaft eine geringere Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt haben als vorhandene oder gemeldete Schutzgebiete. Er habe aber Verständnis für Menschen, die eine Veränderung ihrer Heimat nicht wollen. Andererseits sei Windenergie als saubere und ungefährliche Alternative und angesichts der globalen Klimaveränderung unverzichtbar.

Eine gänzlich andere Ansicht vertrat Iris Drews, Vorsitzende des Uckermärkischen Umwelt- und Landschaftsschutzvereins. Bei der Regionalplanung seien gravierende Fehler gemacht worden. Informationen seien zu spät und unvollständig gekommen. Die politischen Entscheidungsträger hätten die Tragweite ihrer Entscheidungen nicht erkennen können. Nicht nur durch die Windeignungsgebiete seien die Entscheidungsmöglichkeiten im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung beschränkt. Wichtige Naturschutzaspekte würden unberücksichtigt bleiben. Heute müssten die Bürger mit fast 250 Windenergieanlagen leben, die nach bisherigem Recht ohne ausreichende Umweltprüfung genehmigt worden seien: „Der Horizont um Prenzlau ist mittlerweile von Windmühlen verstellt.“ Immer mehr Bürger würden künftig die Region deswegen verlassen.

Dem widersprach wiederum Werner Diwald von der Firma Enertrag. Bereits bei der vorangehenden Exkursion hätten sich die Teilnehmer/innen von der weiten und strukturarmen Agrarfläche in der Umgebung der Windkraftanlagen ein Bild machen können. Die Anlagen seien im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen so geplant, dass Belästigungen von Menschen ausgeschlossen seien und Schäden an Natur und Landschaft so weit wie möglich vermieden würden. Unvermeidbare Folgen würden, wie am zweiten Exkursionspunkt gezeigt, durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen. Wie auch die Diskussion vor Ort erbracht habe, seien solche Maßnahmen heute eigentlich noch die einzigen Verbesserungen in der Natur.

Weder Region noch Landkreis oder Land hätten Geld für Ähnliches. Doch Enertrag erzeuge nicht nur erneuerbare Energie, so Diwald. „Unsere vielfältigen Firmenaktivitäten schaffen Arbeitsplätze und sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor für Prenzlau und Umgebung.“

Hinweise aus dem Publikum machten deutlich, wie viel sich in Wirklichkeit schon vor der Nutzung der Windkraft verändert hat. So nannte der Kreistagsabgeordnete und Ornithologe Günter Heise unterschiedlichste Schäden an der Natur, um die sich jahrzehntelang niemand gekümmert habe. „Im Zusammenhang mit der Windenergie werden plötzlich Naturschutzargumente herangezogen, um aber ganz andere Ziele zu verfolgen“, sagte Heise. Dies gehe letztlich zu Lasten der Tiere, denn die wirklichen Ursachen des Artenrückgangs blieben unberücksichtigt.

Nach zweistündiger Diskussion waren viele wichtige Argumente ausgetauscht. Sicherlich, so DNR-Projektleiter Günter Ratzbor am Ende, habe sich die Region um Prenzlau durch die Windenergienutzung stärker verändert als andere Teile der Landkreise Barnim und Uckermark, wo es mehr Schutzgebiete gebe. „Die Silhouetten der Windmühlen in der weiten, strukturarmen Agrarlandschaft schränken für die einen die Weite des Horizontes und damit das Heimatgefühl ein, für andere sind sie Symbol, dass durch moderne Technik und intelligente Lösungen der Klimawandel doch noch gemildert werden kann.“ Wenn man also Windenergie als eine der erneuerbaren Energien im Rahmen einer nachhaltigen Energiepolitik nutzen wolle, so der DNR-Experte, biete der Planungsansatz der Region Uckermark-Barnim optimale und vorbildliche Steuerungsmöglichkeiten. „Wildwuchs und ungeordnete Entwicklungen, wie sie andere Regionen vielleicht belasten, finden sich in der Uckermark und Barnim jedenfalls nicht“, konstatierte er abschließend. (gr) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Kampagne „Umwelt- und naturverträgliche Nutzung der Windenergie an Land“, Leiter Günter Ratzbor, Lehrte Tel. 05132 / 5889940
eMail: g.ratzbor@schmal-ratzbor.de
www.wind-ist-kraft.de

Neue Initiativen für den Klimaschutz

UBA: Extreme Wetterveränderungen in Deutschland bis 2100

Das Umweltbundesamt (UBA) hat im Oktober eine neue Modellrechnung zum Klimawandel vorgestellt: Bis zum Jahr 2100 wird es demnach in Deutschland zu teilweise extremen Wetterveränderungen kommen. So sagen die UBA-Forscher eine durchschnittliche Erwärmung um wahrscheinlich zwei bis drei Grad und eine Verlagerung von Niederschlägen in den Winter voraus.

Regional können sich die klimatischen Verhältnisse möglicherweise extrem verschieben. Zum Beispiel könnte sich in Freiburg/Breisgau die Zahl der so genannten Tropennächte mit einer Temperatur über 20°C nahezu verdreifachen. In Berlin gäbe es schätzungsweise statt 21 Frosttagen im Jahr nur noch sieben.

30 Prozent weniger Regen im Südwesten und Nordosten

Sowohl im Nordosten als auch im Südwesten Deutschlands könnte am Ende dieses Jahrhunderts ein Drittel weniger Sommerregen fallen als am Ende des vorigen, vermuten die Wissenschaftler. Die Land- und Forstwirtschaft muss sich demnach auf noch mehr Trockenheit vorbereiten. Eine weitere Folge: Die Flussbette trocknen aus. Das Niedrigwasser könnte die Kühlleistung von Kraftwerken beeinträchtigen, warnt das UBA.

Die Daten stammen von dem neuen Rechenmodell „Wettreg“, das die Firma CEC in Potsdam entwickelt hat, eine Ausgründung des dortigen Instituts für Klimafolgenforschung PIK. Die Klimaexperten arbeiten mit den Forschern des Hamburger Max-Planck-Instituts (MPI) für Meteorologie zusammen, deren globales Klimamodell die Klimaveränderung auf der ganzen Welt simuliert.

Kompetenzzentrum KomPass soll Klima-Fachwissen vernetzen

Wegen des dringenden Handlungsbedarfs startete das Bundesumweltministerium (BMU) Mitte Oktober das Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass), das beim Umweltbundesamt angesiedelt ist. Das Kompetenzzentrum soll Fachwissen vernetzen und Entscheidungsträger in Unternehmen und Verwaltung sowie die Öffentlichkeit informieren.

Angesichts des kommenden Klimawandels sehen das Bundesumweltministerium (BMU) und das UBA die Notwendigkeit, dass sich Deutschland darauf vorbereitet und anpasst.

Starke Reduzierung der Treibhausgase notwendig

Dazu gehört laut UBA auch, dass beim Hochwasserschutz die veränderten Niederschläge berücksichtigt werden. Deiche, Schutzmauern oder Rückhaltebecken müssten anders gebaut werden als bisher. Bauern müssten Pflanzen anbauen, die die veränderten Temperaturen und Niederschläge vertragen. Nur wenn man wisse, was zu erwarten sei, könne man sich optimal und zu vertretbaren Kosten an den Klimawandel anpassen, sagte UBA-Präsident Andreas Troge. Das heiße aber nicht, beim Klimaschutz nachzulassen. Eine „zeitgemäße Klimaschutzpolitik“ steht laut Troge auf zwei Säulen: Neben der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Treibhauseffekts die „deutliche Minderung der Treibhausgasemissionen, um in den kommenden Jahrzehnten extreme Nachteile des Klimawandels und Anpassungserfordernisse zu vermeiden“.

Das UBA plädiert für eine drastische Reduktion der Treibhausgase: Die Behörde hält es für „technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll, den Ausstoß der Treibhausgase in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu verringern“. Eine deutlich höhere Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien seien „wichtige Chancen, unser Klima zu schonen“. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

CEC Potsdam, Telegrafenberg C4,
14412 Potsdam
Tel. 0331 / 2882520
eMail: cec@cec-potsdam.de
www.cec-potsdam.de/Produkte/Klima/
WettReg/wettreg.html

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer
Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0, Fax
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

RWE will Laufzeitverlängerung für AKW Biblis

Hessische Landesregierung dafür, Bundesumweltministerium dagegen

Der Energiekonzern RWE hat Ende September eine Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk in Biblis (Hessen) beantragt. Nach dem Willen von RWE sollen die nicht genutzten Strommengen aus dem Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich auf die beiden Blöcke in Biblis übertragen werden. Biblis A und B könnten so bis 2011 am Netz bleiben. Der Konzern sieht darin keinen Widerspruch zu der Vereinbarung mit der früheren rot-grünen Bundesregierung mit den Kraftwerksbetreibern. In dem so genannten Atomkonsens aus dem Jahr 2000 war eine Abschaltung von Biblis A für 2008 vorgesehen, ein Jahr später sollte Biblis B vom Netz.

Der Antrag auf Laufzeitverlängerung ging an das Bundesumweltministerium (BMU), das Bundeswirtschaftsministerium und das Kanzleramt. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sagte, er werde zunächst prüfen, ob der Antrag rechtlich begründet sei. Das BMU steht dem Antrag skeptisch gegenüber, während die Landesregierung in Wiesbaden den Antrag von RWE befürwortet.

Atomkonsens sieht Umverteilung von Strommengen auf Biblis A nicht vor

Der Atomkonsens hatte zwar festgelegt, dass verbliebene Strom-Produktionsmengen von älteren auf neue AKW übertragen werden können, die Mengenverlagerung wurde aber genau eingegrenzt. Im Atomgesetz ist geregelt, auf welche Anlagen die Reststrommenge des nie ans Netz gegangenen AKWs Mülheim-Kärlich übertragen werden dürfen. Als mögliche Empfänger werden genannt: die AKW Emsland, Neckarwestheim 2, Isar 2, Brokdorf, Gundremmingen B und C sowie Biblis B. Das AKW Biblis A ist nicht dabei. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Chancen und Risiken des Biomasseanbaus

Verbände-Projekt untersucht naturverträgliche Anbaubedingun- gen

Mehr Umwelt- und Naturschutz bei der Erzeugung von Biomasse will ein Gemeinschaftsprojekt von Umwelt- und Agrarverbänden erreichen, das im vergangenen Monat gestartet wurde. Mit dabei sind der Dachverband der Landschaftspflegeverbände (DVL), der Naturschutzbund (NABU) und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Das Umweltbundesamt (UBA) fördert das Projekt.

Bis Oktober 2007 sollen die Chancen und Risiken des Biomasseanbaus für den Natur- und Umweltschutz erörtert werden. Dabei geht es um Strategien, die Konflikte zwischen Ökologie und landwirtschaftlicher Intensivierung lösen sollen. Die Beteiligten sollen für eine umweltverträgliche Erzeugung von Biomasse auf regionaler Ebene sensibilisiert werden. Geplant wurden mehrere Seminare und Tagungen mit Naturschützern und Vertretern der Bioenergie-Branche. Der erste Workshop fand im Oktober in Kassel statt.

Energiepflanzen bedeuten oft intensivere Nutzung

Beim Anbau nachwachsender Rohstoffe kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, da der Energiepflanzenanbau häufig eine intensivere Nutzung mit sich bringt (z. B. Grünlandumbruch, verstärkter Maisanbau). Um auch in Zukunft eine positive Entwicklung erneuerbarer Energien durch nachwachsende Rohstoffe sicherzustellen, muss aus Sicht von DVL, NABU und AbL der Biomasseanbau mit dem Naturschutz verknüpft werden. Damit könne ein nachhaltiger Anbau dieser Rohstoffe gestärkt werden, der auch von Land- und Forstwirten akzeptiert werde. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

NABU, Agrarreferent Florian Schöne, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-26, Fax -84
eMail: florian.schoene@nabu.de
www.nabu.de

Workshop zu Strategien und Perspektiven eines naturverträglichen Biomasseanbaus (PDF, 75 kB):
www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/landwirtschaft/biomasse/1.pdf

Kurzmeldungen

CDU-Atomrebellen fordern Entlassung des hessischen Umweltministers

Der Bundesverband Christliche Demokraten gegen Atomkraft (CDAK) hat die Entlassung des hessischen Umweltministers Wilhelm Dietzel (CDU) verlangt. Dieser spiele mit seiner Forderung nach Laufzeitverlängerung des Pannenreaktors Biblis A „russisches Roulette“ zu spielen und verharmlose wider besseres Wissen die enormen Sicherheitsdefizite der beiden hessischen AKWs. Das christliche Menschenbild erfordere, auch aus Respekt vor den unschuldigen Opfern von Tschernobyl, sich nachhaltig gegen die inhumane und unwirtschaftliche Atomkraft zu entscheiden, so der CDAK. (mbu) CDAK, Mainz, Tel. 0171 / 1049920, www.amberger-bi.de/030605a.htm

BBU gründet Arbeitskreis Energie

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat Ende Oktober in Münster einen Arbeitskreis Energie gegründet. Er setzt sich aus Mitgliedern verschiedener Umweltverbände, Bürgerinitiativen und Vereine aus dem ganzen Bundesgebiet zusammen. Der neue Arbeitskreis lehnt den geplanten Transport von Atommüll aus dem Atomforschungszentrum Dresden-Rossendorf nach Russland ab. Außerdem fordert er die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. (mbu) BBU, Bonn, Tel. 0228 / 214032, eMail: bbu-bonn@t-online.de, www.bbu-online.de

Pilotprojekt für Offshore-Windparks

Bundесumweltminister Sigmar Gabriel hat Anfang Oktober den Startschuss für den großtechnischen Ausbau der Windenergie auf hoher See gegeben. Bis 2008 sollen in einem Testfeld vor der Nordseeinsel Borkum für 175 Mio. Euro zwölf Offshore-Anlagen entstehen. Betreiberin ist die Stiftung Offshore-Windenergie, an der neben Energiekonzernen wie Eon und Vattenfall auch Anlagenbauer beteiligt sind. Umweltverbände reagierten unterschiedlich. Während Greenpeace nun Genehmigungen für weitere Anlagen wünscht, fordert der WWF ein Moratorium, bis alle Umweltrisiken der Windräder erforscht seien. Der DNR unterstützt die umweltfreundliche Nutzung der Offshore-Windkraft. (mbu) DNR, Günter Ratzbor, Lehrte, Tel. 05132 / 5889940, schmal-ratzbor@t-online.de ■ ▼

Lesenswert

Wie viel Bioenergie verträgt der Planet Erde?

Der Bioenergie-Boom aus entwicklungs- politischer Sicht ist das Thema des aktuellen Rundbriefes aus dem Forum Umwelt & Entwicklung. Der Boom der Erneuerbaren Energien, zu denen Biomasse und Bioenergie gehören, brachte zahlreiche Konflikte mit sich, deren Auswirkungen vor allem die so genannten Entwicklungsländer spüren. Zwar ist aus Klimaschutzgründen der schnellstmögliche Abschied von den fossilen Brennstoffen erforderlich, doch die heutigen Energieverbrauchsstrukturen einfach 1:1 durch Erneuerbare Energien zu ersetzen - insbesondere das Erdöl im heutigen Verkehrssystem durch Biokraftstoffe - ist nicht möglich, wenn noch Flächen für Naturschutz und Nahrungsmittelproduktion übrig bleiben sollen. Das Heft beleuchtet die Hintergründe, lässt verschiedene Stimmen zu Wort kommen und fragt auch nach Alternativen. (mbu)

Forum Umwelt & Entwicklung Rundbrief 3/2006: Bioenergie-Boom, 42 S., Einzel- exemplare kostenlos; Hrsg./Bezug: Forum U&E, Bonn, Tel. 0228 / 359704, eMail: info@forumue.de, Download (2,1 MB): www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/rundbriefe/200603.pdf

Energie sparen

Das aktuelle Sonderheft „Energie sparen“ des Internetmagazins Telepolis erörtert bewährte und neue Technologien und Einsparmöglichkeiten sowie politische Aspekte des Energiesparens. Das Heft ist in fünf eigenständige und übersichtliche Kapitel gegliedert: Energiequelle Sonne/Erde, Heizungsanlagen, Energie sparen im Haus, Energie sparen im Verkehr sowie Energie, Wirtschaft und Politik. Das Editorial „Energie sparen - was kann ich tun?“ führt an das Thema heran und betont den individuellen Aspekt beim Energiesparen. Ergänzt wird das Sonderheft durch eine CD mit Programmen, Berechnungshilfen (für Excel), Ratgebern („EcoTopTen“), Animationen (z. B. „Reise in eine Brennstoffzelle“) sowie ergänzenden Artikeln, Buchauszügen, Projektberichten und weiteren Dokumenten. (mbu)

Craig Morris: Telepolis special „Energie sparen“, 122 S. + CD-ROM, 8,50 Euro; Bezug: www.heise.de/kiosk/special/tp/07/01 ■

Bach-Nelkenwurz: Blume des Jahres 2007 auf Roter Liste

Votum soll auf die Gefährdung der Feuchtgebiete aufmerksam machen

Die Bach-Nelkenwurz ist von der Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung Loki Schmidt zur „Blume des Jahres 2007“ ausgewählt worden. Die Pflanze, die zur Familie der Rosengewächse gehört, steht in insgesamt vier Bundesländern auf der Roten Liste für gefährdete Arten. Vor allem in Sachsen und im Saarland gilt der Bestand als stark rückläufig.

Vor allem durch intensive Landwirtschaft bedroht

Durch das Votum soll die Feuchtwiesenart, deren grundwassernaher Lebensraum durch verstärkte Trockenlegung von Flächen immer mehr in Gefahr gerät, ein Jahr lang ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Die Bach-Nelkenwurz ist besonders in Europa in feuchten Grünlandflächen, Flachmooren, Niederungen, Auen- und Waldrandbereichen sowie in der Uferzone von Still- und Fließgewässern zu finden. Laut Stiftungsgründerin Loki Schmidt soll auf die Gefährdung hingewiesen werden, „die dieser uralten Kulturlandschaft durch Überdüngung und Entwässerung droht.“

Auch für die Naturheilkunde von Bedeutung

Neben ihrer Verwendung in der Küche als Nelkenersatz kommt die Wurzel der leicht giftigen Pflanze in der Naturheilkunde zum mehrfachen Einsatz. Sie wirkt antibakteriell, schweißtreibend oder entzündungshemmend und kann bei Magen- und Darmerkrankungen und fieberhaften Infekten zur Stärkung der Verdauungsorgane beitragen. (fh) ■

• Weitere Informationen

Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung Loki Schmidt zum Schutze gefährdeter Pflanzen, Steintorweg 8, 20099 Hamburg
Tel. 040 / 243-443, Fax -175
eMail: stiftung-naturschutz-hh@t-online.de
www.stiftung-naturschutz-hh.de

Vogel des Jahres 2007 ist der Turmfalke

Bestandsrückgang durch industrielle Landwirtschaft und Versiegelung

Der Naturschutzbund (NABU) und sein bayerische Partnerorganisation Landesbund für Vogelschutz (LBV) haben Mitte Oktober den Turmfalke zum „Vogel des Jahres 2007“ gekürt. Der Turmfalke ist ein kleiner Verwandter des ersten Jahresvogels, des 1971 gewählten Wanderfalke. Im Gegensatz zu diesem damals vom Aussterben bedrohten Vogel ist der Turmfalke nicht wirklich selten. Dennoch sind in den letzten 30 Jahren die Bestandszahlen in Teilen des Bundesgebietes stetig gesunken. „In Baden-Württemberg ist die Zahl der Brutpaare um mehr als die Hälfte zurückgegangen und in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen haben sich die Bestände um mehr als 20 Prozent reduziert“, sagte NABU-Vizepräsident Helmut Opitz.

Greifvögel durch Pestizide vergiftet

Dem Turmfalke fehle es zunehmend an Nistplätzen und Nahrungsangebot. Freie Flächen an Stadt- und Dorfrändern würden durch Straßen und Neubauten versiegelt, Nistmöglichkeiten an Gebäuden bei Sanierungen häufig verschlossen und Kirchtürme oft von außen unzugänglich gemacht. Auch in offenen Landschaften fehlten zunehmend Bäume, Hecken und Pfähle, die der Vogel für die Jagd nutzt. „Der Turmfalke steht auch für den Greifvogelschutz. Greifvögel sind zunehmend durch den Einsatz von Pflanzen- und Insektenschutzmitteln in der Landwirtschaft bedroht“, warnte der LBV-Vorsitzende Ludwig Sothmann. Als Endglieder in der Nahrungskette würden sie durch ihre Beute indirekt vergiftet. Wichtige Schutzmaßnahmen für den Turmfalke und andere Greifvögel seien deshalb eine naturverträgliche Landwirtschaft mit breiten Acker- und Wegrändern ohne Insektizide und Herbizide. (fh) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Dr. Markus Nipkow, Vogelschutzexperte, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Protest gegen hessische Naturschutzpolitik

Wiesbadener Gesetzesnovelle plant Abbau von Landschaftsschutzgebieten

Die führenden Umweltverbände in Deutschland haben Ende Oktober in einem Offenen Brief an Hessens Ministerpräsident Roland Koch die Naturschutzpolitik des Landes kritisiert. Die Unterzeichner, darunter der DNR, BUND, NABU und die Deutsche Umwelthilfe (DUH), monierten u. a. die geplante Aufhebung von 15 großen Landschaftsschutzgebieten. Der Entwurf des neuen hessischen Naturschutzgesetzes sieht außerdem vor, den ausdrücklichen Schutz der Streuobstwiesen abzuschaffen.

Das lehnen die Verfasser des Offenen Briefs ebenso ab wie die Bestimmung, wonach unerlaubte Eingriffe in die Natur gesetzlich verfolgt werden können, aber nicht mehr müssen. Die Kritiker befürchten den Niedergang zahlreicher Naturschutzgebiete, da diese nicht mehr gepflegt werden müssen. Sie appellieren an die hessische Landesregierung den ehrenamtlichen Einsatz für die Natur zu stärken und die freiwilligen Naturschützer nicht als „störende Elemente“ zu betrachten.

Die Verbände forderten die Regierung Koch auf, die Befürchtungen zu entkräften und die kritisierten Vorschriften zurückzunehmen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Kaufhof beendet Pelzhandel

Pelzindustrie verliert fünfte Kette in drei Monaten

Nach Peek & Cloppenburg, Appelrath-Cüpper und Pohland hat auch Galeria Kaufhof im Oktober bekannt gegeben, vollständig aus dem Handel mit Echtpelzprodukten auszusteigen. Ab 2007 soll keine Bekleidung mit Echtpelz-Besatz mehr bestellt werden. Damit hat die Pelzindustrie innerhalb von drei Monaten fünf der größten Bekleidungsketten, die bisher noch Pelz verkauft hatten, verloren.

Tierschutz-Bündnis will Pelzhandel umfassend abschaffen

Auf den Verzicht von Pelzprodukten hatte die „Offensive gegen die Pelzindustrie“ gedrängt. Diese ist ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen mit dem Ziel, den gesamten Pelzhandel abzuschaffen. Dazu gehören neben dem Verkaufsstopp von Pelzen in Warenhäusern auch die Schließung von Pelzläden und Pelztierfarmen. Mehrere Handelsketten, wie Karstadt-Quelle und C&A, sind aus dem Pelzhandel ausgestiegen, nachdem sie Ziel der Kampagne wurden. Beim Otto-Versand und bei Zara sei bereits die Protestankündigung erfolgreich gewesen, teilte das Bündnis mit. Bei Peek & Cloppenburg habe man dagegen vier Jahre benötigt, um das Unternehmen zum Pelzverzicht zu bewegen. Galeria Kaufhof war nach einer ersten Kundgebung bereit, den Verkaufsstopp zu erklären.

Kaufhausketten von großer Bedeutung

„Der Verkauf von Pelz in Mode- und Kaufhausketten ist für die Pelzindustrie von großer Bedeutung“, sagte ein Sprecher der Offensive gegen die Pelzindustrie. Im Gegensatz zu reinen Pelzgeschäften würden hier die Kunden/innen der Zukunft gewonnen. Die Entscheidung der Kaufhof Warenhaus AG sei so als klarer Sieg gegen die Pelzindustrie zu werten. (fh) ■

• Weitere Informationen

Offensive gegen die Pelzindustrie,
Martin Pallasch, Wilhelmstr. 9, 10963
Berlin
Tel. 0160 / 92294271,
eMail: presse@offensive-gegen-die-
pelzindustrie.de
www.offensive-gegen-die-
pelzindustrie.de

Gentechnik lässt Versuchstierzahlen ansteigen

Zahlen 2005 höher als je zuvor:

2,4 Millionen Tiere getötet

Der Bundesverband Menschen für Tierrechte hat Ende Oktober einen erneuten Anstieg der Versuchstierzahlen prognostiziert. Nach einer Analyse von Erhebungen aus einzelnen Bundesländern geht der Verband davon aus, dass 2005 etwa 2,4 Millionen Tiere in Versuchslaboren getötet wurden. Seit 1997 zeigten Statistiken des Bundeslandwirtschaftsministeriums, dass fast in jedem Jahr mehr Tiere getötet werden. Während die Zahlen in der Industrie zurückgingen, steigen diese seit einigen Jahren im Bereich Gentechnik.

Tierexperimente lassen keinen sicheren Rückschluss auf Menschen zu

Laut Menschen für Tierrechte führt der Ausbau der Gentechnik nicht nur zu Tierleid, sondern ist auch aus wissenschaftlicher Sicht wenig sinnvoll: Versuchsergebnisse mit genmanipulierten Tieren liefern keine sicheren Rückschlüsse auf den Menschen zu. „Wir wollen, dass die Bundesregierung die tierversuchsfreie Forschung bevorzugt fördert, um Tierleid zu verhindern und Menschen wirksame Medizin zu bieten. Das ist nicht nur ethisch notwendig, sondern für Deutschland auch die Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen und weltweit marktführend zu werden“, sagte Kurt Simons, Vorsitzender des Verbandes. Die meisten Bundesländer würden zudem ihre Versuchstierzahlen nicht veröffentlichen. Lediglich Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hätten bisher ihre Landesstatistik gezeigt und sich kritisch damit auseinandergesetzt.

Menschen für Tierrechte hat ein „Konzept zur politischen Umsetzung gezielter Fördermaßnahmen für eine tierversuchsfreie Wissenschaft und Forschung“ erarbeitet, das am 20. November in einem Workshop mit Vertretern der Bundestagsfraktionen vorgestellt werden soll. (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

Menschen für Tierrechte, AG Tierversuche, Roermonder Straße 4a, 52072 Aachen
Tel. 0241 / 15-7214, Fax -5642
eMail: ag-tierversuche@tierrechte.de
www.tierrechte.de

Kurzmeldungen/Lesenswert

Keine Mehrheit für Urwaldschutz im Bundestag

Der Bundestag hat im Oktober das Urwaldschutzgesetz abgelehnt. Der Gesetzentwurf sah vor, den Besitz und den Handel von Holzprodukten aus Urwaldzerstörung, die nach Deutschland importiert werden, zu verbieten und zu kontrollieren. Händler und Anbieter von Urwaldholz wären verpflichtet worden, einen glaubwürdigen Nachweis für eine ökologische und sozial gerechte Waldnutzung zu fordern. Die Regierungsfractionen bezeichneten den Gesetzentwurf als zu bürokratielastig und verwiesen in ihrer Ablehnung auf eine europäische Lösung. Sämtliche Umweltschutzorganisationen und die Grünen äußerten sich enttäuscht bis empört. (fh)
Quelle: ngo-online, 19.10.2006

Der „Urwald Sagaburg“ im Reinhardswald

Der Göttinger Botaniker Dr. Marcus Schmidt und der pensionierte Forstbeamte Hermann-Josef Rapp haben zum 100-jährigen Jubiläum des nordhessischen Reinhardswaldes einen Bild- und Textband über das 92 Hektar große älteste Naturschutzgebiet Hessens herausgegeben. 250 Fotos von 45 Fotografen und Archiven zeigen die alten Eichen, Buchen, Erlen und Birken, riesige Adlerfarnfelder und Pfeifengrasbestände. Zeitsprungaufnahmen dokumentieren den Wandel von der ehemaligen Waldweidelandchaft zum normalen Buchenwald. In 19 Aufsätzen beschreiben verschiedene Autoren die Entstehungsgeschichte des Gebiets, porträtieren den Maler Theodor Rocholl, auf dessen Initiative hin 1907 die Unterschutzstellung gelang, berichten über die Waldweide und die Schweinemast auf dem ehemaligen Weidegebiet. Sie beschreiben darüber hinaus die derzeitige Situation, stellen Besucheranalysen vor und setzen sich mit der Position des Waldes in den Medien auseinander. Ein Überblick über die Tier- und Pflanzenwelt sowie eine Beschreibung der wichtigen Vegetationstypen, Artenlisten der Gefäßpflanzen, Moose, Flechten und Pilze ergänzen die Ausgabe. (fh)

Hermann-Josef Rapp und Marcus Schmidt (Hrsg.): Baumriesen und Adlerfarn - Der „Urwald Sagaburg“ im Reinhardswald, Euroregionverlag 2006, 192 S., 19,90 Euro, ISBN: 3-933617-21-9

■ ▼

Städte-Rangliste bewertet Feinstaubbekämpfung

BUND: Sinnvolle Kommunalpolitik wird in Berlin und Straßburg verhindert

Der Umweltverband BUND hat im Oktober eine Rangliste deutscher Kommunen, die Maßnahmenkonzepte zur Feinstaubbekämpfung entwickelt haben, erstellt. Von den untersuchten 26 Städten bewertete der BUND die kommunale Politik acht Mal mit „gut“. Dort werde erfolgreiche Arbeit zur Minderung des Feinstaubes geleistet, die die dortige Lebensqualität verbessere. Umso unverständlicher sei es, dass deutsche EU-Parlamentarier die Richtlinie auf 55 erlaubte Überschreitungen statt 35 heraufsetzten.

Die seien auch wegen Versäumnissen der Bundesregierung in ihren Handlungsspielräumen beschränkt, so der BUND. So habe der Bundesrat die Plakettenverordnung und die Förderung der Partikelfilter um fast zwei Jahre verzögert. Auch Umweltzonen zur Reduzierung der Abgase durch Dieselmotorkraftfahrzeuge können deshalb erst 2007 eingerichtet werden.

Lohnender Einsatz der Umweltverbände

Die EU-Kommission ließ in ihrem Regelungsvorschlag drei Ausnahmetatbestände für Kommunen zu, wie besondere geografische Verhältnisse. Der BUND unterstützt diese Vorgehensweise. Mit einer „Verwässerung der Richtlinie“ würden jedoch jene Städte belohnt, die keine Maßnahmen ergreifen. Zu diesen gehörten Kommunen, die entweder untaugliche Aktionspläne vorlegten (Erfurt, Krefeld, Leipzig, Regensburg) oder noch gar keine, wie Göttingen, Brandenburg, Potsdam, Jena, Bayreuth, Augsburg, Hildesheim und Osnabrück. Das Ranking der Städte belegt nach Ansicht des BUND jedoch auch, dass der Versuch einer Einflussnahme sich lohnt. In Städten mit Bestnoten (Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München) habe man die Kommunalpolitiker dazu bewegen können, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen. (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
www.bund.net/verkehr

Bündnis begrüßt Scheitern der Privatisierungsgespräche

„Bahn für Alle“: Privatisierung entgültig zu den Akten legen

Nach dem erneuten Scheitern der Gespräche über einen Börsengang der Deutschen Bahn im Lenkungsausschuss der Bundesregierung Ende Oktober hat das Bündnis „Bahn für Alle“ die Politiker/innen aufgefordert, das Privatisierungsvorhaben endgültig zu beenden. Stattdessen sei es jetzt „an der Zeit, in Ruhe zu prüfen, wie eine Bahn in öffentlichem Besitz kundennäher und wirtschaftlich effizienter werden kann.“, sagte Werner Reh, Verkehrsexperte beim BUND, einer der Mitgliedsorganisationen von „Bahn für Alle“.

BUND: Verkehrswende aus den Augen verloren

In der Privatisierungsdebatte sei es zum Schluss nur um das Ziel gegangen, der verschuldeten Bahn neues Kapital zuzuführen. Das könne auch ohne Börsengang durch den Verkauf branchenfremder Teile des DB-Konzerns wie Logistikunternehmen und Speditionen erreicht werden. „Weil die Diskussion in den vergangenen Monaten nur über immer neue Privatisierungsmodelle geführt wurde, ist die Politikebene weit entfernt von dem ursprünglichen Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und die Bahn kundenfreundlich zu gestalten“, sagte Reh. Für eine effiziente Bahn in öffentlicher Hand gebe es gute Beispiele im Ausland, etwa in der Schweiz.

Scheer (SPD): Mehrheit der Bürger und Abgeordneten gegen Privatisierung

Auch der SPD-Abgeordnete Herman Scheer hat während der Pressekonferenz des Bündnisses eine Bahn in öffentlichem Eigentum gefordert. Dies entspreche der mehrheitlichen Meinung der Bevölkerung und der Bundestagsabgeordneten aus beiden Koalitionsfraktionen. Der Koalitionsvertrag stehe dieser Entscheidung nicht im Weg. (fh) ■ ▼

• Weitere Informationen

BUND, Verkehrsexperte Werner Reh, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 2758640
eMail: werner.reh@bund.net
www.bahn-fuer-alle.de

Kurzmeldungen

Autoindustrie wirbt für 9-Liter-Pkw - BUND: Abschied vom Klimaschutz

Der BUND und sein bayerischer Landesverband Bund Naturschutz (BN) haben die deutsche Autoindustrie Anfang November kritisiert, weil der Durchschnittsverbrauch der am häufigsten beworbenen Pkw bei neun Liter auf hundert Kilometer liegt. Dies entspricht 215 Gramm CO₂ pro Kilometer. Die Branche hatte sich 1998 verpflichtet, bis 2008 den Durchschnittsverbrauch ihrer Neuwagen auf 5,7 Liter zu reduzieren. Von dieser Selbstverpflichtung rücke sie inzwischen ab, so BUND und BN. „Die deutschen Hersteller führen nicht nur ihre Selbstverpflichtung für mehr Klimaschutz durch eine falsche Modellpolitik ad absurdum. Sie verhindern auch, dass die Kunden sparsame Modelle kaufen, indem sie ihre Werbemillionen vor allem auf Spritfresser konzentrieren“, sagte BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. So betone BMW bei seinen Autos die hohen Geschwindigkeiten und äußere sich zum Thema Verbrauch überhaupt nicht. Der BUND fordert, dass deutsche Autohersteller mit innovativer Technik und verantwortungsvoller Werbung bis 2008 den Durchschnittsverbrauch der verkauften Neuwagen auf höchstens 5,7 Liter mindern. Spätestens 2012 sollten weniger als 5 Liter auf 100 Kilometer erreicht werden. (fh)
● BUND, Berlin, Tel. 030 / 2758640, www.bund.net/verkehr

Ökotourismus in Costa Rica in Gefahr: Online-Petition an Präsidenten

► Eine geplante großflächige Tunfischfarm gefährdet Meeresschildkröten, Wale und Delfine im Golfo Dulce im Südwesten von Costa Rica, berichtet die Aktionsgemeinschaft Artenschutz (AGA). Die große Bucht ist einer von weltweit nur drei tropischen Fjorden und beherbergt seltene und vom Aussterben bedrohte Arten. Die Auswirkungen wären weitreichend, denn Costa Rica wird weltweit für seinen Ökotourismus geschätzt. Mit der Fischfarm würde der gesamte ökologische Kreislauf dieses Naturwunders zerstört. Das Projekt kann nur durch den amtierenden Präsidenten, Friedensnobelpreisträger Oscar Arias Sanchez, gestoppt werden. Das DNR-Mitglied AGA hat eine Online-Petition gestartet, um Sanchez zu bitten, das Projekt zu stoppen. Auch der DNR ruft zur Teilnahme auf. (mb)
www.aga-international.de
■ ▼

Nordsee wird immer wärmer

AWI-Klimabericht 2006 alarmierend

Der Klimawandel hat bereits deutliche Spuren in der Nordsee hinterlassen. Dies geht aus einem Mitte Oktober erstellten Klimabericht des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) hervor. So finde man dort immer häufiger Fischarten aus deutlich wärmeren Gewässern. Bei seinen Forschungen in der Außenstelle Sylt des Instituts stellte der Meeresbiologe Harald Asmus auch den Rückgang heimischer Arten fest. Auswirkungen des Klimawandels zeigten sich auch äußerlich im langsamen Anstieg der Wassertemperatur: „Seit 18 Jahren wird das Wasser kontinuierlich wärmer, das ist die längste Warmperiode seit Beginn der Aufzeichnungen vor 130 Jahren.“ Lebewesen reagieren bereits auf die Veränderung. „Bestimmte Fischarten wie die Plattfische wandern in tiefere und kältere Gewässer ab, andere Arten wie der Kabeljau ziehen höher in den Norden“, so Asmus weiter.

Exoten verdrängen heimische Arten

Im Gegenzug wandern immer mehr Fische aus südlichen Gewässern in die Nordsee ein. Exotische Lebewesen fänden dort inzwischen so gute Bedingungen vor, dass sie die heimische Miesmuschel verdrängt haben. Dramatisch an der Veränderung ist für Meeresforscher Asmus vor allem das Tempo: Die Arten hätten keine Chance, sich an neue Lebensbedingungen anzupassen, sondern könnten nur ausweichen. Mittelfristig sei deswegen das Aussterben einzelner Arten nicht auszuschließen. Richtung Norden bildet die Arktis die Grenze der Wandermöglichkeiten. Die Forscher wissen derzeit jedoch noch nicht, was mit den arktischen Arten passieren wird, wenn die Erwärmung des Meerwassers weiter anhält. Asmus machte deutlich, dass die Veränderungen in der Nordsee kein auf dieses atlantische Randmeer beschränktes Phänomen sei, sondern ein einzelnes alarmierendes Beispiel für die Folgen globaler Erwärmung auf Meere und Ozeane. (fh) ■ ▼

● Weitere Informationen

Alfred Wegener Institut (AWI), Sektion Ökologie der Küsten, Harald Asmus, Hafestraße 43, 25992 List/Sylt
Tel. 4651 / 956-116, Fax -200
eMail: rasmus@awi-bremerhaven.de
www.awi-bremerhaven.de

Lesenswert

Broschüre „Fische in Bächen und Flüssen“

Eine neue Broschüre der Vereinigung Deutscher Gewässerschutz informiert über die Lebensbedingungen von Fischen in deutschen Fließgewässern und darüber, welche Beeinträchtigungen und Gefährdungen wie Begradigung und Aufstau dafür verantwortlich sind, dass viele Fischarten keinen geeigneten Lebensraum mehr finden und ihr Vorkommen gefährdet ist. Dazu werden Maßnahmen vorgestellt, die dazu beitragen, die Lebenssituation von Fischen in Fließgewässern zu verbessern. Hinzu kommen Steckbriefe von 17 typischen einheimischen Fischarten mit Angaben zu Lebensraum, Lebensweise, Vorkommen und Gefährdung. Die Broschüre soll Zusammenhänge von Arten- und Gewässerschutz am Beispiel der Fische verdeutlichen und ist auch für den Unterricht an weiterführenden Schulen gedacht. (fh)

Vereinigung Deutscher Gewässerschutz (Hrsg.): „Fische in Bächen und Flüssen“, 2006, 3,50 Euro, ISBN 3-937579-27-3; Bezug: www.gewaesserschutz.info/xtshop



Bitte beachten Sie unsere Sonderbeilage „WRRL-Info 13“ mit Informationen zur Umsetzung der Europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie (Mittelseiten).

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

November

22./23.11., Essen

Workshop zum Flussgebietsmanagement

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall, Monika Voigt
Tel. 02242 / 872-201

voigt@dwa.de
www.dwa.de

24.11., Nürnberg

Agro-Gentechnik: Argumentations-training und Multiplikatoren-schulung

Bund Naturschutz in Bayern, Marion Ruppenner

Tel. 0911-8187820, Fax -869568
marion.ruppenner@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

24.-26.11., Berlin

Wie wollen wir wirtschaften? - Solidarische Ökonomie

Kongress; Bewegungsakademie, Verden
Tel. 04231 / 957595

info@solidarische-oekonomie.de
www.solidarische-oekonomie.de

25.11., Berlin

DNR-Mitgliederversammlung

Deutscher Naturschutzring (DNR), Helga Inden-Heinrich

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
info@dnr.de
www.dnr.de

28./29.11., Bonn

Überwachung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen

Tagung; VDI-Kompetenzfeld Biotechnologie, Dr. Richard Verhoeven

Tel. 0421 / 2187729
verhoeven@uni-bremen.de
www.mon-tag.de

28./29.11., Iserlohn

Wo bleibt das Restfleisch? - Fleischverwertung und Globales Marketing am Beispiel Geflügel

Tagung; EED, APRODEV, Institut für Kirche und Gesellschaft, Margrit Püster

Tel. 02371 / 3521-87, Fax -69
m.puester@kircheundgesellschaft.de
www.kircheundgesellschaft.de

30.11., Freiburg/Br.

Fördermöglichkeiten für Kommunen im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz

RegioGesellschaft Schwarzwald-Oberrhein, Andrea Jung

Tel. 0761-31701, Fax -2921668
info@regiogesellschaft.de
www.regiogesellschaft.de

Dezember

1.-3.12., Mülheim an der Ruhr

Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser im ländlichen Raum

Seminar; FIAN Deutschland, Alexa Schiefer, Köln

Tel. 0221 / 70200-72, Fax -32
a.schiefer@fian.de
www.fian.de

2.12., Berlin

Der blaue Planet soll grün bleiben - Blue Planet Award/Black Planet Award

Tagung und Preisverleihung; Stiftung Ethik & Ökonomie, Düsseldorf

Tel. 0211-22940612, Fax -9216389
info@ethecon.org
www.ethecon.org/download/Flyer.pdf

3.-6.12., Vilm (Rügen)

Naturschutz und Umweltbildung - Strategien für Lebenslanges Lernen

Aktion Fischotterschutz, BfN

BfN/INA, Martina Finger
Tel. 038301 / 861-12, Fax -17
martina.finger@bfn-vilm.de
www.bfn.de/06_akademie_natursch.html

9.12., Berlin

„Grün leben“ - Konsum und Lebensstil für morgen?

Konferenz; Grüne im Bundestag
Tel. 030 / 2277-1656, Fax -6332

ulrike.hoefken@bundestag.de
www.gruene-bundestag.de

12.-16.12., Kochel

Verkehrspolitik für die Alpen

Seminar; Georg-von-Vollmar-Akademie
Tel. 08851 / 780

irmgard.baumgartl@fes.de

28.12.-1.1., Taunus

15. Ökodorf-Festival

Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer, Herisried

Tel. 07764 / 933-999, Fax -388
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

2007

26.-28.1., Bad Herrenalb

Was leisten alternative Energieträger?

Tagung; Evangelische Akademie Baden, Karlsruhe

Tel. 0721 / 91753-82, Fax -50
info@ev-akademie-baden.de
www.ev-akademie-baden.de

2.-4.3., Stuttgart

16. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress - BUVKO

UMKEHR e.V., Berlin

Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
info@umkehr.de
www.buvko.de

18.-20.4., Bad Boll

Erneuerbare Energien und Armutsbekämpfung

Tagung; Ev. Akademie Bad Boll

Tel. 07164 / 79270
romona.boeld@ev-akademie-boll.de
www.ev-akademie-boll.de

4.-6.5., Berlin

McPlanet.com 3.0 -

Klima der Gerechtigkeit

Kongress; BUND, EED, Attac, Greenpeace, HBS, WI

Tel. 030 / 275864-96, -0, Fax -40

mcplanet@bund.net

www.mcplanet.com

9./10.5., Frankfurt/Main

Erobert die Natur die Stadt zurück?

Freiraumentwicklung: Regionalparks, Siedlungsrückbau und Brachflächen

Fachtagung; Dt. Institut für Urbanistik

(DIFU), Berlin

Tel. 0221 / 340308-0, Fax -28

difu@difu.de

www.difu.de

5./6.6., Berlin

Woche der Umwelt

DBU, Martin Schulte, Osnabrück

Tel. 0541 / 96339-40, Fax -90

www.wochederumwelt.de

12.-15.7., München

Velo-city 2007 und Streetlife-Festival

Kongress und weitere Veranstaltungen;

BMVBS, European Cyclists Federation

Planungsbüro Kaulen, Aachen

Tel. 0241 / 334-44, Fax -45

info@velo-city2007.com

www.velo-city2007.com

(fh, mb) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Audiodateien, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Diese Liste (mit Links) steht auch unter: www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

TV-Vorschau

„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung:

www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur

Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen:

www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme

www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF

www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Arte-Umweltsendungen

u. a. Di 14.00 Hippokrates (Gesundheit),

Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO

www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html („Sendungen“ und „Natur & Umwelt“)

Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-

Brandenburg (RBB)

www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk

(BR)

www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute

Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 1.45

und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)

www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder

Sa, 12.10-12.35, ZDF

Sa, 16.50-17.20 Kika

www.tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Verbraucher

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk

www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/

(„Archiv“)

Natur+Technik

Mo-Fr 8.30, HR 2 (Hessischer Rundfunk)

[www.hr-online.de/website/radio/hr2/](http://www.hr-online.de/website/radio/hr2/?rubrik=2902)

?rubrik=2902

www.hr-online.de/website/specials/wissen/?rubrik=6564

Aus Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR cont.ra (Süd-

westrundfunk)

www.swr.de/contra

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di

11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL)

102,3 (freies Radio)

www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di

11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL)

102,3 (freies Radio)

www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München

92,4 (freies Radio)

<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Anten-

ne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)

www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

Sa 18.00-19.00, Radijoj!, Berlin 104,1

Berlin/Brandenburg/Sachsen:

Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)

Internet (mit FlashPlugin 6):

www.radijoj.de

www.grasloewe.de

(mb) ■

Information und fachlicher Austausch

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 370.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen

www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

www.gruenes-forum.net
(mb) ■

EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Umsetzung von EU-Umweltrecht (in Vorbereitung)	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)

Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik („Article 6 Watch“¹)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE²-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik, Bodenschutz u. a.)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

Außerdem arbeitet das EEB zu folgenden Themen: Richtlinie zur integrierten Vermeidung von Umweltverschmutzung (IPPC), Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung SEA, EU-Nachhaltigkeitsstrategie, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99
eMail: eeb@eeb.org
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft ³ , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf

2 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuisen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuisen@snm.nl

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik wird in Brüssel gemacht: 80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf europäische Initiativen zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe Seite 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.dnr.de/eur

Editorial

- Ein Stück der Macht in Brüssel

Global

- WTO-Gentechnikstreitfall
- Chemiesicherheitsforum

EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Auftakt der G8-NGO-Plattform
- Agenda für EU-Präsidentschaft steht
- DNR-Konferenz: Umweltverbände präsentieren Forderungen

EU-Politik, Recht

- Umweltministerrat 23.10.: Luftqualität, Klimapolitik, Abfälle
- Vertragsverletzungsverfahren
- Transparenz bei Agrarsubventionen
- Umweltabkommen EU - Russland
- Beitritt Bulgarien und Rumänien
- Unternehmensverantwortung

Abfall, Produktpolitik

- Kein Urwaldkahlschlag für Biosprit
- Umweltausschuss zur Abfallpolitik
- Schiffsentsorgung weiter ungeregt
- Umsetzung Elektroschrott-Richtlinie

Agrarpolitik, Gentechnik

- EU-Gammelfleisch exportiert
- EU-Gelder für ländlichen Raum
- Ultimatum für US-Reisimporte
- Schulung für Lebensmittelkontrolleure

Chemikalien, Emissionen

- Umweltausschuss für starkes REACH
- Chemie gefährdet Kindergesundheit
- Chemikalien in der Nahrung
- Pestizid-Richtlinie: 50 Stoffe geprüft
- Parlament erlaubt mehr Feinstaub
- Nanopartikel: Gesundheitsgefahr

Energie, Klima

- EU-Aktionsplan Energieeffizienz
- Nationale Allokationspläne meiden CO₂-Reduktionen im Inland
- US-Klimapolitik verletzt WTO-Regeln
- Erderwärmung verstärkt sich selbst
- Super-Crash durch Klimawandel
- EU erwägt CO₂-Einfuhrsteuer

Naturschutz, Biodiversität

- Bodenstrategie enttäuscht Experten
- Biodiversität und Entwicklungshilfe
- Natura 2000 noch nicht durchgesetzt
- Tierschutz-Aktionsplan im Parlament
- Entscheidung: LIFE-Projekte 2006
- Ringen um LIFE+: Förderlücke droht
- UN-Klimaprognose zur Biodiversität

Verkehr, Tourismus

- Straßenverkehr: EU gibt Ziel auf
- Transeuropäische Netze: Empfehlungen liegen vor
- Umwelt-Positionspapier zu Euro 5/6
- Grüne fordern EU-Verkehrswende

Wasser, Meere

- Kompromiss im Grundwasserschutz
- Ostsee: Schiffsunfälle verdoppelt
- IKZM-Netzwerk im Aufbau

Service

- Veröffentlichungen, Termine, Informationsquellen
- EU-Wegweiser, EU-Gesetzgebungsverfahren

Sonderheft

- Forderungen der Umweltverbände an den deutschen EU-Ratsvorsitz

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.05“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2005 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.05“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

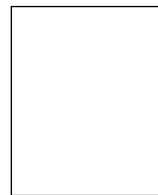
Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin